

PROGRAMM --- DRAFT --- 08. MAI 2021 --- DIE URBANE. EINE HIPHOP PARTEI

Rooted in HipHop – Verankert in der HipHop Kultur	2
Erinnerungskultur & Visionen [Globale Solidargemeinschaft & Community]	3
Machtsysteme überwinden (Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus) durch Intersektionalität (im Kontext politischer Gestaltung)	4
Selbstbestimmung – Persönlichkeitsentfaltung – Identitäten	5
Barrierefreiheit	6
LGBTQIA+	7
Dekolonialisierung	8
Forschung und Anerkennung,	9
Reparationen und Wiedergutmachung für koloniale Verbrechen und Versklavung	10
Anwendung dekolonialer Perspektive in allen Bereichen und Strukturen des öffentlichen Lebens und der Gesellschaft	6
Antikoloniale Handels- Rohstoff- Energie- und Außenpolitik	6
Bewegungsfreiheit	8
Klimagerechtigkeit und Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit	9
Abrüstung	13
Digitalisierung & Künstliche Intelligenz – Bioengineering – Algorithmic Justice, Gesichtserkennung	14
Demokratie – soziale Ordnung – Gewaltenteilung – Wahlen, Wie sehen unsere Parlamente aus/Quote Bundestag, Lobbyismus, demokratische Konstrukte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Partizipation und Transparenz prüfen; Zivilgesellschaft & Staat/Polizei	15
Universelles Grundeinkommen – Verteilung – Arbeit	17
Rente	18
Solidargemeinschaft & Community - Internationale Kooperation jenseits von Blockpolitik [Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Streichung Entwicklungshilfe, Kooperationen und Austausch auf Augenhöhe, Generationenverbindung zwischen allen Altersgruppen	18
Globale zivilgesellschaftliche Vernetzung	18
Partizipation – Gleichstellung – Antirassismus – Antidiskriminierung [Barrierefreiheit, Zugänge]	20

Wohnen – Leben – Versorgung	22
Bildung und Kultur	23
Kunst, Kultur und Politik	30
Arbeit – Freizeit	34
Forschung – Wissenschaft – Technologie	35
Medien	36
Körper & Seele [körperliche und seelische Gesundheit - Sport, Konsum – Ernährung, Rausch]	37
Wirtschaft: Produktion & Dienstleistung & machtkritische Unternehmenskultur (DOE); Eigentum, soziale Verantwortung	38
Utopie: Love Peace Unity & Having Fun	42

Rooted in HipHop – Verankert in der HipHop Kultur

Warum Hip Hop?

Ausgehend vom New York der späten Siebziger Jahre hat Hip Hop Tanz, Musik und Malerei aus ihren akademischen goldenen Käfigen befreit, und dabei eine neue offene Kultur geschaffen, die vom Rand der Gesellschaft kommt. Hip Hop war eine Subkultur, die von „unten“ die ganze Welt eroberte, und den Begriff „Hochkultur“ für sich neu definierte.

Hip Hop entstand aus der Notwendigkeit, sich Gehör zu verschaffen. Hip Hop war das Sprachrohr marginalisierter Menschen, die von ihrer sozialen Realität erzählten, und damit auf strukturelle politische Missstände hinwiesen: „The voice of the silenced“. Hip Hop verleiht Ungehörten eine Stimme und ließ Menschen aktiv Kultur mitgestalten, die ansonsten durch Rassismus und Klassismus ausgeschlossen werden. Hip Hop Kultur entstand unter dem Druck weißer Vorherrschaft, und war somit von Anfang an ein Befreiungskampf, eine Überlebensstrategie und ein Überlebenskampf der afrikanischen Diaspora. Hip Hop war und ist eine Blaupause für die Selbstermächtigung von unterdrückten Menschen und Klassen.

Diese aktive Selbstbefreiung, dieser Widerstand fand sich zu einem Groove, von dem sich bis heute Menschen jeglicher Herkunft angezogen fühlen. Vielfalt wird in der Hip Hop Kultur nicht nur gefördert, sondern als Rückgrat der Gesellschaft verstanden und gelebt. In dieser besonderen Verantwortung gegenüber Schwarzen und People of Color kann Hip Hop einen machtkritischen Raum schaffen, in dem Rassismus entthront wird und die geteilte Erfahrung des Unterdrücktwerdens zentral ist.

Mitgestaltung und Mitsprache marginalisierter Menschen, Selbstermächtigung, Befreiung, Kampf gegen weiße Vorherrschaft, Antirassismus, Weltoffenheit, Vielfalt, das sind die Prinzipien, um die es uns geht, wenn wir von „Verankerung in der Hip Hop Kultur“ sprechen. Es geht uns um die Grundwerte von Hip Hop: „Love, Peace, Unity and having Fun“, die wir auf unsere Demokratie übertragen wollen. Und wir verteidigen diese Grundprinzipien radikal, machtkritisch und anti-kolonial.

Was heißt das konkret? Wir kämpfen für Parlamente, die Diversität widerspiegeln, die wir von unseren Straßen kennen und lieben. Wir geben Minderheiten ein Sprachrohr und die Möglichkeit zur Mitgestaltung. Wir sind „a voice of the silenced“. Wir leisten Widerstand gegen weiße Vorherrschaft und kämpfen gegen Unterdrückungssysteme wie gegen das Patriarchat, gegen Kapitalismus, gegen Ableismus etc. Wir schaffen intersektionale Strukturen der Selbstorganisation. Zusammen mit Konzepten wie Schwarzem Feminismus entsteht bei uns ein Anker von Grundwerten, die vom Rand der Gesellschaft gedacht werden. Zugegeben, Rassismus verschwindet dadurch nicht, aber wir haben einen Weg gefunden, ihn zu behandeln und einzudämmen, Stück für Stück.

Auf der Grundlage dieser Positivität von Hip Hop lassen wir eine Kultur und Umgebung wachsen, die die guten Eigenschaften und Verhaltensweisen in jedem Individuum fördert. Wir wirken entgegen der globalen neoliberalen Wirtschaftsordnung, die Egoismus, Gier und Rücksichtslosigkeit zur Norm erhebt und finanziell belohnt. Verstehend dass die Grenzen zwischen Gut und Schlecht nicht entlang von Nationalitäten, Religionen, Klassen oder ähnlicher Kategorien gezogen werden können, sondern in jedem Menschen selbst liegen, nähren wir den Boden für eine Gemeinschaft, die aus Liebe, Mitgefühl und Respekt handelt.

Unsere positiven Grundprinzipien sind nicht in geschlossenen Räumen einer Bildungselite gewachsen. Wie Hip Hop, wie all die Befreiungs –und Selbstermächtigungskämpfe unserer Geschichte, fußen unsere Grundprinzipien auf Lebenserfahrungen im „urbanen Raum“. Was aber bedeutet urban?

Warum nennen wir uns „Die Urbane“?

Etymologisch steht urban nicht nur für den „städtischen Raum“, sondern auch für Weltgewandtheit - der Welt zugewandt. Urban ist für uns der Raum, in dem die Vielfalt der Kulturen der Welt zusammenkommt. Die Metropolen

unserer Zeit brauchen keine Leitkultur. Unsere Städte sind Ausdruck einer globalen Vielfalt. Nationalität und Volk haben als Identifikationspunkte ausgedient. Heute braucht es Werte wie „Love, Peace, Unity and having Fun“.

Erinnerungskultur & Visionen [Globale Solidargemeinschaft & Community]

Um zu wissen, „wo wir lang müssen“, also anders gesagt, um die Welt zu gestalten, um in Entwicklungen einzugreifen oder sie zu beeinflussen, müssen wir erstmal so genau wie möglich wissen, wo wir stehen. Sowohl als einzelne Person, aber vor allem auch als Kollektiv. Und die Position jedes:r einzelnen ist unter anderem ein Ergebnis unserer kollektiven globalen menschlichen Geschichte. Deswegen können wir unseren Standort nicht bestimmen, ohne zu wissen, wo wir herkommen. Wir brauchen eine ehrliche Erinnerungskultur und eine umfassende Aufarbeitung. Nur daraus kann eine authentische Analyse der Gegenwart erfolgen. Politisches Gestalten muss aus dieser Erinnerungskultur heraus passieren.

Und wo möchten wir hin? Wir können und müssen auch eine neue Geschichte für eine gemeinsame globale Zukunft erzählen, eine Utopie entwerfen, denn ohne zu wissen, wohin wir uns entwickeln möchten, können wir auch nicht angemessen gestalten.

Was bedeutet Erinnerungskultur im Kontext der HipHop Kultur? Was leitet sich aus der HipHop Kultur diesbezüglich ab? Die HipHop Kultur ist ohne die rassistische Ideologie, ohne die Geschichte der Versklavung und der Kolonisierung und ohne die jene legitimierende pseudowissenschaftliche biologistische Theorie von „Rasse“ nicht denkbar, sie hängt unmittelbar mit diesen Phänomenen (die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind) zusammen, sie berichtet davon und erhebt sich gegen das Erbe dieser Geschichte. Und das gilt global – besonders auch für Deutschland und Europa. Dieser konkrete Teil von Geschichte, Versklavung und Kolonisierung wurde systematisch verschwiegen, ignoriert und bagatellisiert. Unter anderem durch die HipHop Kultur, die bald auch in Deutschland bekannt und konsumiert wurde, wurden Menschen in Deutschland über das Ausmaß des rassistischen Systems, über Schwarze diasporische Lebensrealitäten und über die kolonialen Kontinuitäten informiert und sensibilisiert.

Für Die Urbane. Eine Hip Hop Partei ist dies nicht „ein Punkt im Programm“ neben vielen anderen. Besonders die Schwarze Geschichte (neu) zu erzählen bzw. die Geschichte aus einer Schwarzen Perspektive zu erzählen, ist elementare Voraussetzung für alle weiteren Schritte.

Die Erfindung und Anwendung der Rassismen, der Versklavung, der Kolonisierung, der Genozide, der kapitalistischen Ausbeutung und des Machtkampfs um wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie, Vorherrschaft und Dominanz ist die Geschichte der weißen Mehrheitsgesellschaften. Und je nach Position haben wir sehr verschiedene – teilweise diametral entgegengesetzte – Perspektiven auf diese Geschichte.

Die HipHop Kultur ist die selbstermächtigte, ungefilterte kollektive Schwarze Perspektive auf diese Geschichte. Auf die politische Gestaltung übertragen steht unsere Verankerung in der HipHop Kultur für den Paradigmenwechsel – für den Perspektivwechsel bei der Reflektion und Erzählung von Geschichte und für den Perspektivwechsel bei der Entwicklung von Ideen und Modellen für unser Zusammenleben auf diesem Planeten in der Zukunft, jenseits von den Systemen Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat. HipHop IST auch Erinnerungskultur und steht damit auch für die elementare Rolle, die Erinnerungskultur bei der Gestaltung von Gegenwart und der Entwicklung von Zukunft einnimmt.

Wir wollen ultimativ einen Zustand globaler, verteilungsgerechter, barrierefreier Community, Solidarität, Einigkeit, globaler Harmonie mit unserer Umwelt und friedlichen Zusammenlebens erreichen. Die Hip Hop Kultur hat diese Vision aus sich heraus so formuliert - peace, love, unity & having fun!

Systeme überwinden (Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus) durch Intersektionalität (im Kontext politischer Gestaltung) - Selbstbestimmung – Persönlichkeitsentfaltung – Identitäten

Eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe und eine politische Mission ist es, sichtbar zu machen, wie die Ungleichheitssysteme Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat intersektional miteinander verwoben sind und Hand

in Hand aneinander gewachsen und erwachsen sind – und genauso die daraus abgeleiteten Systeme Kolonialismus, cis Heteronormativität, Ableismus, Ageismus, etc, sowie Antisemitismus. Diese Systeme können nur durch eine entschlossene Dekonstruktion aufgehoben werden. Diese Arbeit darf nicht dem Zufall überlassen werden, noch der Willkür der Gruppen, die in diesen Systemen dominieren und profitieren. Sie darf nicht von der politischen Willensbildung abhängen, da diese in den bestehenden Systemen nicht frei und unabhängig ist.

Wenn wir der Idee folgen, dass das Individuum eine unveräußerliche Würde besitzt und dass diese unantastbar sei, dann untergraben Ungleichheitssysteme diese Idee strukturell und ihre Überwindung muss Teil der grundgesetzlichen Forderungen werden.

Die verschiedenen gleichzeitig wirkenden Systeme haben unser aller Identitäten (überall) innerhalb dieser Machtmatrix intersektional konstruiert und manifestiert, wir können dies nicht zurückdrehen und so tun, als gäbe es diese Konstruktionen nicht und vor allem als gäbe es die Machtungleichheit und Machtungleichgewichte bzw. die Herrschaft und Unterdrückung nicht – die eben an bestimmten Markern und Merkmalen von Identität ansetzen und diese durch die Tatsache der Dominanz und der Unterdrückung essentialisieren. Sei es „Rasse“, Geschlecht, Klasse oder Sexualität, körperliche Fähigkeiten, Glaube oder Alter....

Identität verstehen wir dabei aber nicht als statischen Zustand, als NUR Essenz oder als NUR Position, sondern als Kombination aus beidem und als etwas, was sich sowohl auf der kollektiven Ebene als auch auf der individuellen Ebene verändert und entwickelt. Dabei spielen historische Faktoren eine zentrale Rolle.

Wir benennen die Aspekte von Identität, die innerhalb dieser Konstruktionen strukturell benachteiligt sind, statt so zu tun, als gäbe es sie nicht (Stichwort Selbstbezeichnungen/ Farbenblindheit/alle sind gleich/ etc.pp).

Die HipHop Kultur bedeutet in diesem Kontext eine Form von Agency, die einerseits Identität sichtbar macht und gleichzeitig Identität bildet, nicht nur individuell, sondern kollektiv – und in diesem Sinne erschafft die HipHop Kultur kollektiv eine Plattform für Identifikation einerseits und für die Entfaltung von Persönlichkeit andererseits.

Aus der Entfaltung der Persönlichkeit kann Selbstbestimmung werden – nicht nur im biographischen Sinne, sondern eben auch im Sinne von Identität. Das Recht auf diese Entfaltung der Persönlichkeit ist *ein universelles Menschenrecht*.

Die systemische Diskriminierung, die strukturell und institutionell passiert, sorgt dafür, dass insbesondere in weißen Mehrheitsgesellschaften ganze Generationen von Kindern mit intersektionalen Identitäten aufwachsen, die ständig damit beschäftigt sind, Narrative, die auf sie als Repräsentant:innen verschiedenster bzw. gleich mehrerer Gruppen gleichzeitig projiziert werden, abzuwehren und sich unter dem Eindruck und dem Gewicht der Projektionen und der Objektifizierung auch noch selbst zu suchen und zu erkennen.

Eine gängige Strategie des Umgangs damit, ist, die Abwehr einzustellen und die Projektion als dominierenden Teil der eigenen Persönlichkeit zu internalisieren, statt weiterhin dagegen anzukämpfen. Wer es unter diesen Umständen dennoch schafft, die eigene Persönlichkeit zu entfalten und selbstbestimmt die eigene Identität zu erkennen und zu gestalten, ist sehr resilient oder hat Glück. Aber es darf nicht Bedingung für Selbstbestimmung sein, resilient zu sein oder Glück zu haben. Es ist die Aufgabe von Community und politische Gestaltungsaufgabe, die Umgebung dafür herzustellen und die besten Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die unreflektierte Praxis der Projektion und Objektifizierung ist normalisiert, was sich im „Integrations“-Narrativ und -Anspruch der Dominanzgesellschaft niederschlägt: „Du musst doppelt so hart arbeiten, Du musst doppelt so gut sein, um es zu schaffen“.

Umgekehrt wachsen Generationen von weiß positionierten und auch über Weißsein hinaus privilegierten Kindern auf, die, statt kontinuierliche Objektifizierung und Projektion zu erfahren, im Gegenteil ausschließlich als einzigartige Individuen mit unantastbarem Subjektstatus behandelt werden und jede ihrer Verhaltensweisen wird ihnen als Ausdruck ihrer individuellen Persönlichkeit gespiegelt, völlig losgelöst von den sie und uns alle umgebenden Systemen und ihren Machtungleichheiten. Eine Persönlichkeit, die sich in dieser Grenzenlosigkeit ausbreiten kann, nimmt den Raum ein, der ihr in dieser Machtmatrix zur Verfügung steht und diese Grenzenlosigkeit und Ausbreitung

ist normalisiert und unmarkiert. Machtungleichgewicht zugunsten weißer Kinder wird zum unhinterfragten Machtanspruch weißer Erwachsener.

Um uns von einer Gesellschaft mit destruktiven Machtungleichheiten hin zu einer – ultimativ globalen - Community zu entwickeln, müssen diese normalisierten Begrenzungen und Entgrenzungen ausgeglichen werden.

Da Menschen bereits von Geburt an diese Systeme erlernen, ist Bildung der Bereich, der im Kern der Politik von Die Urbane. Eine HipHop Partei steht.

Barrierefreiheit

Wenn das Wort "Barrierefreiheit" fällt, denkt der Mensch erstmal sehr einfach. Er denkt z.B. an Rampen für Rollstuhlfahrer. Dabei geht es um viel mehr! Es geht um Selbstbestimmung, es geht um Freiheit.

Jeder Mensch sollte, ungeachtet seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten in der Lage sein, alles zu tun wonach ihm gerade ist. Dies ist in Deutschland auf vielen Ebenen nicht möglich.

Es leben ca. 79 Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland (stand Ende 2019). Von diesen Menschen hat ein Großteil noch immer keinen Zugang zu verschiedensten Medien, da diese für z. B. blinde Menschen oder hörgeschädigte Menschen nicht geeignet sind.

Selbst eines der elementarsten Rechte der Menschen, das Recht der Notdurft zu verrichten, wird massiv eingeschränkt, da es weder im öffentlichen Raum noch in den meisten Restaurants und dergleichen, barrierefreie Toiletten gibt. Für behindertengerechte Toiletten im öffentlichen Raum, benötigt man dann meist einen Schlüssel, dessen Kaufpreis zynisch als Pfand dargestellt wird.

Auch das Recht auf Bewegungsfreiheit mit dem ÖPNV wird beschränkt. Es wird bspw. verlangt, dass die Menschen sich vorher anmelden um überhaupt befördert zu werden. Wird dies nicht getan, weil z.B. eine spontane Unternehmung ansteht, wird entweder mehr oder weniger freundliche darauf hingewiesen, dass eine Anmeldung erforderlich ist oder es wird gar nicht befördert.

Das Recht auf Bildung wird schon in den ersten Lebensjahren der Menschen mit Behinderung beschnitten, da es versäumt wird, sowohl die räumlichen Gegebenheiten zu schaffen, als auch die Grundvoraussetzung auf personeller Ebene zu treffen.

Eltern sind dann oft gezwungen, ihre Kinder mit Behinderung in ein Kindergarten/eine Schule zu schicken, welche als „spezielle Einrichtung für Menschen mit Behinderung“ deklariert wird.

Dort werden dann Kinder mit verschiedensten körperlichen und geistigen Einschränkungen zusammen „gefordert“ bzw. „unterrichtet“. Dies wird weder dem Kind als Individuum gerecht, noch sind die personellen Expertisen in vollem Umfang gesichert.

Jedem Individuum in unserer Gesellschaft steht das Recht zu, sich eigenständig, unabhängig und frei zu bewegen und zu entfalten. Vielen Menschen ist dies jedoch nicht möglich, weil es keine ausreichende Barrierefreiheit gibt; seien es Stufen am Eingang eines Cafés oder eingeschränkte Möglichkeit zur Kommunikation, weil die umstehenden Menschen keine Gebärdensprache können oder keine einfache Sprache nutzen.

Das muss sich ändern. Volle Teilhabe am Leben - privat und gesellschaftlich - muss jederzeit und überall auf jede Weise möglich sein. Nur so hat jeder Mensch eine reale Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Ebenso muss sichergestellt sein, dass Unterstützungs- und Therapieleistungen von den Krankenkassen ohne monate- oder jahrelangen Papierkrieg bewilligt und die Wartezeiten für Behandlungs- und Untersuchungstermine drastisch verkürzt werden. In einer idealen Gesellschaft sorgt eine Behinderung nicht dafür, dass eine Person zum Menschen dritter Klasse wird.

Das Bundesteilhabegesetz garantiert keine realitätsnahe und individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

So besteht ein erster Schritt darin, dieses Gesetz unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen zu ändern und realitätsnah umzuschreiben und eine lückenlose Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu verfolgen.

Zudem ist es wichtig, die Zugänge zu und generell alle Gebäude und Transportmittel barrierefrei zu gestalten, diese auch generell barrierefrei (um-)zu bauen und im Zuge dessen auch dafür zu sorgen, dass bauliche Veränderungen (z. B. eine Rampe) ohne große bürokratische Hürden durchgeführt werden können. Dementsprechend müssten sich

Menschen mit Behinderung auch nicht mehr bei den Öffentlichen Verkehrsbetrieben anmelden, um reisen zu können. Dies ist momentan vorgeschrieben, um z. B. eine Person zur Hand zu haben, die eine Rampe für das Betreten des Verkehrsmittels bereitstellt. Dies klappt leider auch nur mäßig gut. Auch ist es wichtig, dass Autovermietungen und Freizeitparks zur Barrierefreiheit verpflichtet werden.

Gebärdensprache, einfache Sprache und die vielfältigen Behinderungen sollten in Kindergärten und Schulen besprochen und gelehrt werden und ebenso der Umgang mit z.B. Menschen, die eine Panikattacke in der Öffentlichkeit erleiden. Zudem ist es notwendig, Brailleschrift ab der Grundschule zu lehren und behördliche Briefe neben der Muttersprache einer Person auch in Brailleschrift zu verfassen.

Behindertenwerkstätten und isolierte Behindertenschulen und -heime müssen abgeschafft und Menschen mit Behinderungen aktiv in die Gesellschaft integriert werden, z. B. durch vollwertig bezahlte Arbeitsstellen, Betreutes Wohnen oder in eine, eigenständigen Wohnstil mitten in der Stadt - nicht am beschämten Rand, getrennt vom Kern des sozialen Lebens und nicht-behinderten Menschen.

Auch muss die Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber - die als Strafzahlung für das Nicht-Einstellen behinderter Mitarbeitender gedacht ist - deutlich erhöht werden. Es ist gängige Praxis, dass Unternehmen lieber diese Abgabe zahlen als Mitarbeitende mit Behinderung einzustellen. Wir finden eine Neufestlegung der Ausgleichsabgabe in Höhe von 50% des Vorjahresgewinn passend. Zum einen ist es sicherlich eine Höhe, die den Unternehmen weh tut, zum anderen trifft es kleine und große Unternehmen gleichmäßig stark, da die Abgabe abhängig vom Gewinn ist und nicht pauschal irgendein Betrag veranschlagt wird.

Der Zugang zu Unterstützung und Therapieangeboten muss dringend verbessert und die Hürden zur Bewilligung ebenjener abgeschafft werden. Menschen sollten nicht Monate auf eine dringend benötigte Psychotherapie warten oder ein halbes Jahr mit ihrer Krankenkasse kämpfen müssen, um Hilfsmittel bewilligt zu bekommen. Unterstützung suchende Menschen sollten nur einfach um Hilfe bitten und nicht über Monate oder Jahre in Bittstellung gehen müssen, um ein grundlegendes Level an Lebensqualität zu erhalten.

Ebenso sollte es verpflichtend für alle ärztliche Praxen sein, dass diese barrierefrei zugänglich sind.

Ebenso gilt es, den Prozess zur Festlegung von Pflegegraden realitätsnaher zu gestalten, indem z.B. die Hausbesuche von Mitarbeitenden der Pflegekasse nicht nur eine Stunde dauern, sondern über einen oder mehrere Tage gehen. Nur so kann man sich ein umfassendes Bild von der gesundheitlichen Situation der Person machen und den optimalen Pflegegrad bestimmen. Ebenso sollten schriftlichen Einschätzungen der Hausärzt:innen größere Bedeutung beigemessen werden.

Momentan gehört die Gesellschaft den Menschen, die keine Behinderung haben. Sie können überall hin, haben Zugang zu Ämtern, Restaurants, Transportmitteln, Spielplätzen, Läden. Es ist wichtig, dies zu ändern, damit wir alle wirklich gleichberechtigt nebeneinander auf einem Level selbstbestimmt leben können. Es ist wichtig, damit alle ein würdevolles Leben führen können und in die Gesellschaft integriert sind. Es ist wichtig, dass die Lohnarbeit behinderter Menschen genauso geschätzt wird wie die nicht-behinderter und auch behinderte Menschen privat fürs Alter vorsorgen können. Es ist wichtig, allen Menschen ein Mindestmaß an Lebensqualität entgegenzubringen; ob sie einen Rollstuhl nutzen, sehgeschädigt/ sehbehindert, psychisch krank oder chronisch schmerzkrank sind.

LGBTQIA+

Noch immer herrscht das cis-normative und heteronormative Bild von Individuen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungen in unserer Gesellschaft vor. Cis-Normativität und Hetero-Normativität beschreiben eine Weltanschauung, wonach sowohl heterosexuelle Beziehungen und Heterosexualität, das binäre Konstrukt der Existenz von nur zwei Geschlechtern (Mann und Frau), und die entsprechenden damit einhergehenden Geschlechterrollen als Standard im sozialen Miteinander sieht. Jegliches abweichendes Verhalten von den normativen Vorgaben wird gesellschaftlich und individuell sanktioniert. Insbesondere trans Personen und z. B. homo-/bi-/pansexuelle Menschen sind einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt, sowie Ausgrenzung und Benachteiligung bei jeglichen Versorgungsstrukturen, z. B. medizinische. Entsprechend braucht es bei Gewalt Schutz- und Unterstützungsstrukturen.

Die cis-heteronormative Dominanz-Gesellschaft schließt auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene unglaublich viele Menschen, Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten aus und behandelt sie als minderwertig, untergeordnet, unerwünscht, oder sogar schädlich. Diese historisch etablierte patriarchale und (Kolonial)-rassistische Realität beinhaltet auch die Höherstellung alles als männlich konstruierten und wird als "natürlich" oder "naturgemäß" erzählt.

In den letzten Jahren hat sich die Gesellschaft zwar mehr geöffnet (z.B. indem seit Ende 2017 homosexuellen Paaren das Recht auf Eheschließung und staatlicher Anerkennung ihrer Ehe nicht mehr verwehrt wird), jedoch musste vieles davon erst aktiv angestoßen und hart erkämpft werden. Dementsprechend langsam geht dieser Prozess voran, den wir beschleunigen wollen.

Die Konstruktion von Binarität, Cis- und Heteronormativität wurde durch die Kolonialisierung auch denjenigen Kulturen und Gesellschaften aufgezwungen, welche andere, keine festgelegten oder diversere Formen von Geschlechtlichkeit, Sexualität und Beziehungen lebten. Hier ist eine dekoloniale Analyse und Perspektive relevant für die Dekonstruktion dieser ausschließenden Modelle.

Intersexuellen Menschen steht das Recht zu, selbstbestimmt Aussagen darüber zu treffen, welches Geschlecht sie haben, das Geschlecht auf ihre gewünschte Weise auszudrücken, und dass körperverändernde Maßnahmen nur mit der eigenen Einwilligung stattfinden.

Wir setzen uns für ein Selbstbestimmungs-Gesetz ein, das Menschen jenseits von komplizierten Gutachten und Prüfungsverfahren, die Transition und die Anerkennung ihres Geschlechts erleichtert.

In dem Zuge ist es auch wichtig, allen Menschen die körperliche Selbstbestimmung zu gewähren; insbesondere Personen mit Uterus für den Fall eines Schwangerschaftsabbruchs. Deshalb ist auch die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen §218 und darüber hinaus auch §219 a im Strafgesetzbuch eines unserer Mittel im Kampf für eine LGBTQIA+positive Gesellschaft.

Das cis-heteronormative Bild der Gesellschaft ist veraltet und überflüssig. Menschen trauen sich immer mehr, aus den Schatten zu treten und bekennen sich öffentlich zu sich, ihrem Körper und ihrer Identität, für diese und auch für diejenigen, die das nicht wollen oder noch nicht können, haben wir eine Verpflichtung, die Gesellschaft zu öffnen und inklusiv zu agieren und zu denken.

Sichtbarkeit ist Voraussetzung für politische Selbstermächtigung und Vertretung. Sichtbarkeit muss ermöglicht werden, unterstützt werden und gefördert werden. Die Vision, dass im Sinne von Partizipation auf allen Ebenen auch LGBTQIA+ paritätisch in Parlamenten, Gremien, Parteien, Verwaltungen, Behörden etc vertreten repräsentiert sind und eigene Interessen dort vertreten, kann nur durch Sichtbarkeit nachhaltig verfolgt werden.

Auf allen Ebenen von Gesellschaft und in sämtlichen Ausbildungen und Bildungsinstitutionen muss LGBTQIA+ Identität als selbstverständliche Realität und Teil von Gesellschaften abgebildet werden, vermittelt werden und diese Selbstverständlichkeit muss in Curricula, Bildungsmaterialien, Kollegien, Sprache etc eingeschrieben werden.

Dekolonialisierung: Forschung und Anerkennung; Reparationen und Wiedergutmachung für koloniale Verbrechen und Versklavung; Anwendung dekolonialer Perspektive in allen Bereichen und Strukturen des öffentlichen Lebens und der Gesellschaft; Antikoloniale Handels- Rohstoff- Energie- und Außenpolitik

Ohne eine der zentralen Erkenntnisse kommen wir global und lokal, politisch, gesellschaftlich nicht weiter: Wir leben im (globalen) rassistischen System weißer Vorherrschaft. Als allererstes bedarf es dieser Benennung und der Positionierung Deutschlands innerhalb dieses rassistischen Systems. Es bedeutet, dass NICHTS von diesem System – Rassismus - unberührt ist. Es bedeutet, dass es keine rassismussfreien Räume gibt und dass also JEDER Raum Anteil haben muss an der Dekonstruktion des rassistischen Systems.

Die Verantwortung für die Dekonstruktion des (globalen) rassistischen Systems muss auch auf EU-Ebene ausgedehnt werden, die EU als politischer Raum und als Wirtschaftsraum ist nicht mehr isolierbar in die Staaten, die kolonisiert und versklavt haben und jene, die „unschuldig“ sind. Es gibt deutsche, französische, britische, etc spezifische Verantwortlichkeiten und Pflichten, die direkt zugeordnet werden können. Aber es gibt auch eine kollektive europäische Verantwortung, das kollektive Profitieren zu entschädigen und zu reparieren.

Bildungssystem, Forschung und Wissenschaft, Administration, Parlamentarismus, Öffentlicher Raum, Kunst & Kultur, Sport, Gesundheit, Polizei, Justiz, Märkte, Sprache, Denkmuster – überall bedarf es der Forschung zu kolonialer Kontinuität bzw. rassistischer Kontinuität und deren Anerkennung und zu antirassistischer Bewegung und Schwarzen Wissensproduktionen; es bedarf der Dekonstruktion und Neugestaltung aller Bereiche so, dass die rassistische und koloniale Kontinuität sichtbar gemacht wird und ihre Wirksamkeit ausgehebelt wird, bzw. ihr entgegen gewirkt wird.

Weltweit und auch in Deutschland haben parallel zu den Entwicklungen von Versklavung und Kolonialisierung auch schon Widerstandsbewegungen und Forschungen zu weißer Vorherrschaft und zu Reparationen durch die Betroffenen existiert. Und diese sind mittlerweile sehr weit und auch untereinander vernetzt. Es gibt einen exzellenten Bestand an Wissen, Forschung, Literatur, Dokumentation, Analyse und Strategien. Diese Anwendung von Expertisen hat aber noch nicht gebührend den Weg in die politische Umsetzung gefunden, bzw. die Anwendung dieser Expertisen wird aktiv unterbunden, weil sie die bestehenden Systeme angreifen wird. Vor allem in Deutschland werden Schwarze bzw. BIPOC Stimmen in der Forschung unsichtbar gemacht und gedrosselt.

Daher fordern wir die Einrichtung von Black Studies und Decolonial Studies an allen Universitäten in Deutschland mit dem Auftrag, zu forschen, aber auch am jeweiligen Campus die Wissenschaft und den Campus selbst zu dekolonisieren;

Zentrales Forschungsziel ist auch die (Weiter-)Entwicklung von Instrumenten, Methoden und Institutionen für die Dekolonialisierung in allen genannten Bereichen von Gesellschaft;

Gleichzeitig müssen alle notwendigen Mittel und personellen Ressourcen bereitgestellt werden, die es für eine kontinuierliche, regelmäßige, breite zivilgesellschaftliche Reflektion & Sensibilisierung braucht;

Dekoloniale Agenda darf sich nicht auf einen nationalen Kontext beschränken. Denn gerade die Idee von Nation, Grenzen, Abschottung, Territorium etc. ist zutiefst kolonial. Wir wollen die Einrichtung von transkontinentalen und transkulturellen Institutionen und globaler Vernetzung zur Kommunikation über, Gestaltung von und Durchführung von Reparationen und Entschädigungen für ALLE Schäden, Ressourcen, Raubgüter, Misshandlungen, Menschenrechtsverbrechen und sonstigen Auswirkungen von Unterdrückung;

Die Höhe, Form und Durchführung von Reparationen muss in einem gemeinsamen, bestenfalls für alle Seiten heilsamen Prozess ermittelt und vereinbart werden. Wichtig ist, dass die Kommunikation vor allem zwischen Akteur:innen der Zivilgesellschaften stattfindet, anstelle diplomatischer Verhandlungen zwischen Regierungen. Die Gewährleistung und Ermöglichung dieser transkulturellen, transkontinentalen und interdisziplinären zivilgesellschaftlichen Vernetzung, Kommunikation und Entwicklung von Strategien und Empfehlungen muss gesetzlich verankert, institutionalisiert und durch unabhängige Träger und die öffentliche Administration regelmäßig und häufig und intensiv umgesetzt werden. Die ausführlichen Forschungen, Arbeiten, Konzepte, Initiativen, die es dazu bereits seit vielen Jahrzehnten gibt, in USA, UK, Europa und an Stellen in den ehemals kolonisierten Ländern, sind ins Zentrum zu rücken und müssen bei der Entwicklung des Prozesses gestaltend und leitend tätig sein.

Da das koloniale System Rassismus und Kapitalismus in sich verknüpft und sie nicht getrennt voneinander denkbar sind, bedeutet die Dekonstruktion des rassistischen Systems ZWINGEND auch die Dekonstruktion des kapitalistischen Systems. Weiße europäische Mehrheitsgesellschaften sind die Urheber:innen des rassistisch-kolonialen Systems und Deutschland spielt in dieser Entwicklung auch historisch eine ganz zentrale Rolle. Dies ist noch nicht Gegenstand unserer Erinnerungskultur und wird im Bildungssystem unsichtbar gemacht (siehe auch Bildung & Kultur), aber wenn wir das Ausmaß dieses Systems verstehen, verstehen wir auch, warum alle sich davor drücken, Verantwortung zu übernehmen. Weil es eine Aufgabe ist, die keine Generation innerhalb ihrer Lebenszeit abschließen kann. Weil es eine Aufgabe ist, die die Entlarvung der humanistischen Charade beinhaltet, die Europa seit hunderten von Jahren inszeniert. Aber wir sind besser als diese Charade. Es ist eine Frage des Willens. Die Generationen vor uns haben sich geweigert oder gescheut, diese Geschichte anzuerkennen und wir betrachten es als die Mission dieser Generation, von der wir ein Teil sind, dieses Unrecht auszugleichen. Von hier ausgehend, aber nicht zu „deutschen“ oder „europäischen“ Bedingungen. Dieser Plan darf nicht wieder hier vor Ort entwickelt werden, wie damals die Kongokonferenz. Sondern der Plan besteht darin, sich hinter die Kämpfe jener zu stellen, sie global mit zu kämpfen, die in dem System global benachteiligt wurden und werden.

Die HipHop Kultur ist imprägniert mit dieser Geschichte und ihren Folgen. Egal wo sie ihre Strahlkraft hingetragen hat, schwingt auch diese Geschichte mit. Und sie hat sie mittlerweile überall hingetragen. Und deswegen ist nun auch die Zeit gekommen, diese Geschichte aufzuarbeiten und aus ihr konkrete Politiken abzuleiten.

Alle EPA müssen ausgesetzt und neu verhandelt werden. European Partnership Agreements bewirken vor allem eine aggressive Öffnung afrikanischer, pazifischer und karibischer Märkte für europäische Produkte. Meist Überschuss, der dann Märkte überschwemmt und lokale Handelsstrukturen, Produktionen und Gleichgewichte in den Preisniveaus zerstört. Diese Öffnungen wurden häufig erpresst und als Bedingungen für Kredite und sogenannte Entwicklungszusammenarbeits-Leistungen gestellt. Wir fordern die Bindung von EPA an die radikale Neubewertung von Ressourcen und Bodenschätzen und an die globale Neuordnung der Förderung und des Abbaus und der Gewinnung dieser Ressourcen und Bodenschätze.

In einem transkontinentalen Neuordnungsprozess müssen durch Neubewertung von Ressourcen und Bodenschätzen, sowie Arbeitskraft, alle Staaten, die aktuell durch signifikant niedrigere Lebenserwartung, unterdurchschnittlichen Zugang zu Internet und zu allgemeinen Leistungen wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Grundversorgung (Wasser, Nahrung, Elektrizität) gekennzeichnet sind - das sind alle Staaten Afrikas, viele Staaten in der pazifischen Region und Asiens und einige Staaten Südamerikas und einzelne weitere - in die Lage versetzt werden, innerhalb von 5 Jahren zu den Lebenserwartungen und Zugängen aufzuschließen, die in weißen Mehrheitsgesellschaften üblich sind.

Die Verabschiedung des Lieferkettengesetzes begrüßt Die Urbane. Eine HipHop Partei. Weitere Maßnahmen, um Ungleichheitssysteme sichtbar zu machen und wie sie durch den Konsum in Deutschland gefestigt werden, müssen ergriffen werden. Es wird argumentiert, es schade bspw. Textilarbeiter:innen mehr, Primark-Kleidung nicht zu kaufen, weil dann eben weniger produziert wird und Lohnarbeit wegfällt. Aber diese kapitalistische menschenrechtsverachtende Logik dahinter muss durchbrochen werden. Stattdessen muss Lohn überall ähnliche Niveaus an Lebensqualität, Lebensstandard und an Zugängen ermöglichen.

Bewegungsfreiheit

Bewegungsfreiheit als Menschenrecht etablieren – Es gibt keinen sachlich nachvollziehbaren Grund, warum auf der Welt Menschen unterschiedliche Rechte haben sollten, sich zu bewegen, oder sehr konkret, warum Menschen mit einem deutschen Pass sich beinahe unbegrenzt bewegen dürfen, während andere das nicht dürfen. Die Abschottung weißer – in diesem Kontext reicher - Mehrheitsgesellschaften gegen die Einwanderung aus dem sogenannten globalen Süden ist rassistisch und nicht durch das Bedürfnis nach Sicherheit zu erklären, sondern mit dem Sichern kapitalistischer Besitzstände, die sich in Form von Lebensstandard ausdrücken. Grenzsysteme und Visa-Systeme müssen abgeschafft oder so gestaltet werden, dass diese globale rassistische Ungleichbehandlung aufgehoben wird. Aus der Etablierung von Bewegungsfreiheit als Menschenrecht ergibt sich zwingend, dass koloniale Dominanz, Rohstoff-Raubbau und Klimaungerechtigkeit ausgeglichen werden müssen, und Verteilungsgerechtigkeit global durchgesetzt werden muss – nicht als Ergebnis von langwierigen sogenannten „trickle down economics“ oder einer unsichtbaren (aka weißen) Hand (gemäß Adam Smith), sondern als sehr konkrete Zielgröße. Wie diese gemessen werden kann, an was sie sich ablesen lassen wird und in welchem Rahmen Abweichungen (Varianz) zulässig sein sollten, sind noch zu entwickelnde Parameter. Ein wichtiger Index, der sehr anschaulich macht, warum Migration ein Menschenrecht sein muss, ist der HDI, der Human Development Index. Er bildet vor allem Lebenserwartung ab und Bildungsjahre. Und er zeigt, wie diese Privilegien eines langen Lebens und dem Zugang zu Bildung weltweit verteilt sind. In Nordamerika, Japan, Europa, Australien, Israel, Saudi Arabien und ein paar winzigen Inselstaaten ist die durchschnittliche Lebenserwartung 20 Jahre höher, teilweise bis zu 30 Jahre höher, als bspw. auf dem afrikanischen Kontinent oder in Afghanistan. Wenn das mal kein Anlass ist, zu migrieren.

Wir fordern daher in der aktuellen politischen Situation sofortige Einstellung von Frontex und Umwidmung der Ressourcen von Frontex in Bildungs- und Kulturkooperationen und Projekte zwischen afrikanischen, europäischen und asiatischen NGOs.

Jegliche Form von Seenotrettung muss in vollem Umfang ermöglicht werden, gefördert werden und unterstützt werden. Push back Operationen müssen mit allen Mitteln als Morde oder versuchte Morde ermittelt werden. Alle von Deutschland ausgehenden Militäroperationen und Präsenzen außerhalb von Deutschland müssen sofort eingestellt werden. Die menschenrechtswidrige Situation in allen Lagern an den europäischen Außengrenzen muss sofort behoben werden. Alle Lager müssen evakuiert werden - auch wenn Deutschland hier ohne europäische Lösung und Partnerschaften handeln muss.

In Deutschland müssen alle undokumentierten und illegalisierten Personen legalisiert werden und mit einem Status so ausgestattet werden, dass sie alle Zugänge haben, die ihnen menschenrechtlich zustehen und so dass sie Planungssicherheit haben und die eigene persönliche Entwicklung und Entfaltung stattfinden kann, aber auch eine gesellschaftliche Partizipation ermöglicht ist.

Klimagerechtigkeit und Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Klimawandel muss historisch betrachtet werden. Sichtbar machen, dass es zum mit Abstand größten Teil weiße Mehrheitsgesellschaften sind, die entlang kolonialer Dominanzverhältnisse in hysterischem Ausmaß Ressourcen und Energie verbrauchen und konsumieren. Vor allem durch dieses koloniale (kapitalistisch-rassistische) Dominanzverhältnis ist die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die untragbare Überlastung oder Zerstörung der Lebensgrundlagen vor allem in den nicht-weißen Mehrheitsgesellschaften überhaupt erst möglich. Weiße Mehrheitsgesellschaften nehmen ohne nennenswerten Widerstand in Kauf, dass Menschen in nicht-weißen Mehrheitsgesellschaften die Existenzgrundlagen entzogen werden und selbstverständliche menschenrechtlich garantierte Lebensstandards nicht gewährleistet sind. Das ist Komplizenschaft, das ist Rassismus. Die Gleichgültigkeit demgegenüber ist rassistisch. Klimapolitik, die nicht dort ansetzt, reproduziert diesen Rassismus.

Klimaschutz darf nicht die Verantwortung auf das Individuum abwälzen! Aber Shaming von einzelnen Personen oder Gruppen – vor allem entlang von intersektionalen klassistisch-rassistisch-patriarchalen Machtverhältnissen - deren Konsum, Gewohnheiten und Verhalten nicht offensichtlich oder vordergründig klimabewusst sind bzw. ökologisch wertvoll erscheinen, lehnen wir ab. Wir begrüßen jedes umweltbewusste Verhalten und den nachhaltigen Konsum Einzelner und ein ökologisch bewusster Lebensstil ist positiv zu bewerten. Aber die Selbstdisziplinierung zu ökologischer Bewusstheit im eigenen Alltag, entbindet nicht von der Komplizenschaft im kolonialen System, das per Definition klimaschädlich ist, und zwar in einem Ausmaß, dem nur strukturell politisch abgeholfen werden kann.

Es muss sehr deutlich gesagt werden und auch gelehrt, verstanden und umgesetzt werden: antikoniale Politik ist Klimaschutz! Freitag ist jetzt!

Gleich vorweg: Eine Klimadebatte zu führen, die sich um die Zukunft dreht, ist von vornherein nicht zielführend und vor allem weder macht-, noch rassistuskritisch. Warum diese Themen unmittelbar zusammengehören, zeigt der Umgang mit dem Klimawandel in der europäischen und deutschen Öffentlichkeit.

Eine eurozentristische Perspektive auf die zukünftigen Folgen des Klimawandels ist ignorant und gefährlich, denn sie klammert aus, dass diese Folgen im globalen Süden längst Realität sind. Das bedeutet nicht, dass wir Bewegungen wie dem Fridays For Future Movement nicht wohlgesonnen sind, es zeigt aber schon im Namen auf, dass es hier um eine europäisch/westliche Perspektive geht, die nicht sichtbar macht, was tatsächlich schon jetzt geschieht. Wir unterstützen die Maßnahmen, die von FFF oder der Partei radikal:klima gefordert werden zu 100%. Aber wir können da nicht stehen bleiben.

Fridays For Future fordern: Nettonull für den CO₂-Ausstoß bis **2035** erreichen; Kohleausstieg bis **2030**; **100%** erneuerbare Energieversorgung bis **2035**; Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger; **1/4** der Kohlekraft abschalten; Eine CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das **180€** pro Tonne CO₂; Einhaltung des 1,5°-Ziels (maximum) der Erderwärmung.

Das ist gut, aber noch nicht gut genug. Wir wissen, dass wir von Entscheidungen sprechen, die gefällt werden müssen und können. Dem steht nichts im Weg, außer Einstellungen, Haltungen, die Systeme Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus. Daher müssen die Forderungen radikal sein und dürfen den Kompromiss und den Widerstand der hegemonialen wirtschaftlichen Interessen nicht vorwegnehmen in vorauseilendem Gehorsam.

Für die Nettonull muss ein 4-Jahresplan - eine Legislaturperiode - ausreichen. Der Kohleausstieg muss ebenfalls innerhalb der kommenden Legislaturperiode vollzogen sein. Die Energieversorgung mit erneuerbaren Energien muss durch die Umstellung von Rüstungsbetrieben in Produktionen für Windkraft- und Solaranlagen etc., aktiv beschleunigt werden und es muss ein Gesetz erlassen werden, dass alle anderen Formen der Energieversorgung verbietet. Dieses Gesetz muss immense Geldstrafen vorsehen, wenn es verletzt wird. Die Subventionierung fossiler Energieträger muss sofort und komplett eingestellt werden. Gleichzeitig kann auf Kohlekraft auch innerhalb der kommenden Legislaturperiode verzichtet werden.

CO₂-Ausstoß-Kontingente zu schaffen bzw eine Steuer pro Tonne zu erheben, finden wir gut, möchten aber dem historischen Anteil Deutschlands an der Erderwärmung kalkulieren und möchten daher erstens eine höhere Abgabe festlegen i.H.v. 300€/Tonne und auch die Verwendung des Anteils von 180€ in die Förderung regenerativer Energie lenken und den Anteil von 120€/Tonne in einen antikolonialen Reparationsfonds lenken.

Klimawandel muss als globales Phänomen erkannt und benannt werden, insbesondere in Bezug auf die Verantwortung und die Rolle, die insbesondere europäische Staaten innehaben. Hunderte Millionen Tonnen Müll, die in Europa jährlich produziert werden, landen in asiatischen und afrikanischen Staaten Jahr für Jahr. Nachhaltigkeit ist zum Marketingbegriff für Greenwashing geworden, um Statistiken zu beschönigen. Nach wie vor produzieren Konzerne, teils staatlich subventioniert ertragreich und damit kostengünstig in Ländern, die sich durch verschiedene Handelsabkommen in eine Abhängigkeit begeben mussten.

Der in Europa produzierte Überschuss wird zu Dumpingpreisen auf dem afrikanischen Kontinent und in Asien verkauft und zerstört nachweislich die Binnenmärkte. Eine unmittelbare Folge etablierter kolonialer Strukturen, die uns tagtäglich im Alltag begegnen, und das nicht nur in Namen etablierter Discounter wie Edeka (Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler).

Unser Konsum, sogar noch vereinfachter gesagt: "Unser täglich Brot" ist schon eine politische Angelegenheit, die wir uns bewusst machen sollten. Hier bekommt die Floskel "Über den Tellerrand schauen" eine durchaus legitime Metaebene.

Wir müssen das Bewusstsein für eine nachhaltige Lebensweise stärken, insbesondere aber nicht ausschließlich in Bezug auf das Konsumverhalten. Machtkritik ist dabei auch ein Thema, dass in der Debatte nicht ausreichend thematisiert wird: Stichwort Klasse (Wer kann sich leisten, nachhaltig zu konsumieren) und Stichwort Lobbyismus.

Die Gesundheit der Menschen darf nicht von der stärksten Lobby abhängig sein. Dies beginnt schon bei der Frage, warum bspw. die Photovoltaik-Branche quasi über Nacht 80.000 Arbeitsplätze verloren hat, weil Subventionierungen wegbrechen, aber auf der anderen Seite der Kohleausstieg wegen der Gefährdung von 30.000 Arbeitsplätzen über Jahrzehnte hinweg geplant oder eher verschleppt werden kann? Es ist einzig die Frage: Wer hat die stärkste Lobby?

Lösungswege sind allerdings nicht nur bekannt, sondern auch eine Umsetzung schon beschlossen. Jedoch bisher eher als richtungsweisende Leitfäden, wenn wir böse wären, würden wir von Symbolpolitik sprechen.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung [(SDGs) englisch: Sustainable Development Goals]¹ als politische Zielsetzung der Vereinten Nationen, traten bereits am 01. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren, mit dem Umsetzungsziel bis 2030, in Kraft. Inhalt ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten.

Schon jetzt ist klar, dass das Erreichen der Ziele nicht nur unmöglich ist, sondern insbesondere Deutschland die ohnehin zu gering wirksamen Maßnahmen noch einmal eingeschränkt hat und dadurch die gesetzten Ziele nicht erreichen wird.

Diese Ziele lauten:

- Ziel 1: Armut beenden
- Ziel 2: Ernährung sichern
- Ziel 3: Gesundes Leben für Alle
- Ziel 4: Bildung für Alle
- Ziel 5: Gleichstellung der Geschlechter
- Ziel 6: Wasser und Sanitärversorgung für Alle
- Ziel 7: Nachhaltige und moderne Energie für Alle
- Ziel 8: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für Alle
- Ziel 9: Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung
- Ziel 10: Ungleichheit verringern
- Ziel 11: Nachhaltige Städte und Siedlungen
- Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen
- Ziel 13: Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen
- Ziel 14: Ozeane erhalten
- Ziel 15: Landökosysteme schützen
- Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften
- Ziel 17: Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft stärken

Hier fehlt das Basis-Ziel. Wir fordern, koloniale Kontinuitäten zu demontieren und das rassistische System zu benennen und zu beseitigen. Darauf aufbauend können wir Forderungen ableiten, die den Kapitalismus als globales Problem begreifbar machen und in seinen Wurzeln aushebeln, um neue Strukturen zu etablieren.

Die Handelsabkommen mit den ehemaligen Kolonialstaaten reichen bis in die aktuellen Verträge hinein und wirken sich bis heute nachteilig auf die Länder aus. Und die EU betreibt eine aggressive Freihandelspolitik mit den sogenannten AKP-Staaten, um die weitere Öffnung dieser Absatzmärkte zu erzwingen. Dabei wirken Abhängigkeiten der afrikanischen, karibischen und pazifischen Länder von Weltbank- und IWF-Mitteln und die Vergabe von deutscher Entwicklungshilfe (neuerdings euphemistisch wirtschaftliche Zusammenarbeit genannt) als Druckmittel und Verhandlungsmasse. Auf dieser Grundlage ist das gesamte System von grund auf schon im Ansatz falsch aufgesetzt.

Nachhaltiges Konsumverhalten gilt es zu fördern und innovative, umweltschonende und gesundheitsfördernde Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere betrifft dies die Bereiche Verpackungsmaterialien und die damit verbundene Abfallproduktion. Nicht nur die Industrie muss hier in die Pflicht genommen werden, um Abfall zu reduzieren und nachhaltiger zu produzieren, auch die Bürger:innen sollten die Verantwortung erkennen, die Nachfrage und somit den Markt mitzugestalten - und vor allem von staatlicher Seite verstärkt gegen Wirtschaftslobbyismus vorzugehen.

Ein reglementierter Umgang mit Lebensmitteln wie bspw. Supermarktketten zu untersagen, nicht verkaufte Nahrungsmittel im Müll zu entsorgen, muss weltweit zur Pflicht werden.

In Deutschland landen jährlich ca. elf Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll – das entspricht ungefähr einem Wert von 25 Milliarden Euro. Es gilt Modellversuche wie Supermärkte, die Nahrungsmittel ohne Verpackungen anbieten - bereits in Deutschland existent - zu stärken und zu fördern, um Verpackungen und Plastikmüll zu vermeiden.

Neben moralisch kaum haltbaren Argumenten, ist besonders die Massentierhaltung maßgeblich für viele ökologische, soziale und ökonomische Probleme verantwortlich.

Die Entwicklung von Krankheiten durch multiresistente Keime – da die Massentierhaltung für den inflationären Gebrauch von Antibiotika verantwortlich ist.

Weltweit werden 60-70 Milliarden Tiere zur Fleischproduktion getötet, der Verbrauch an Nahrungsmitteln für die Tierzucht erfordert Weideflächen, den Anbau von Monokulturen zur Futtergewinnung, ein enormes Trinkwasser-Kontingent und ist maßgeblich an der Rodung der klimatisch dringend notwendigen Regenwälder verantwortlich. Über 90% des weltweiten Soja-Anbaus geht ausschließlich in die Massentierhaltung.

Der hohe Konsum von tierischen Produkten steht nach diversen offiziellen Studien im Verdacht Krebs und weitere Zivilisationskrankheiten auszulösen.

Die CO₂ Emissionen der Massentierhaltung gelten als die wichtigsten Verursacher der globalen Erwärmung. Allein pro Kilo Rindfleisch werden umgerechnet 13,3 Kilo CO₂ freigesetzt. Dazu kommt der CO₂ Ausstoß durch die Verkehrswege, die das Futter für die Tiere zurücklegt und die Logistik bzgl. der getöteten Tiere.

Der Export billig produzierter Nahrungsmittel und Tierprodukte an wirtschaftlich abhängige Länder zerstört die dortigen Binnenmärkte und Infrastrukturen.

Wir fordern kurzfristig einen Stopp sämtlicher staatlicher Subventionierungen zugunsten der Massentierhaltung in Deutschland und Europa. Die vollständige Beendigung der Massentierhaltung ist unser erklärtes Ziel innerhalb der kommenden Legislaturperiode.

Hier würde eine Förderung regionaler und saisonaler Lebensmittel für den regionalen Gebrauch dabei helfen, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Aufklärung bzgl. der Auswirkungen und Missstände der Massentierhaltung zur Fleisch- und Milchproduktion ist unabdingbar, um ein Bewusstsein bei Konsument:innen zu entwickeln. Grundsätzlich sollte der maßlose Konsum tierischer Produkte auf ein, buchstäblich, gesundes Maß reduziert werden.

Ressourcenschonende, fleischarme, vegetarische oder vegane Ernährungs- und Lebensweisen sind zu bevorzugen und zu fördern - mit entsprechenden Aufklärungsmaßnahmen und Subventionierungen.

Dazu zählen auch ein übergreifender Artenschutz und der vernünftige Umgang mit wildlebenden Tieren in Deutschland.

Ein generelles Verbot von (Wild-)Tieren im Zirkus und ein verantwortungsvoller Umgang mit Tieren in Zoos, Tierparks und bei und mit den sogenannten Haustieren.

Abrüstung

Jegliche Rüstungsexporte sind zu unterbinden. Wir streben eine soziale globale Ordnung an, in der die zivilgesellschaftliche Vernetzung und Kommunikation so intensiv ist, dass kriegstreibende Narrative keine Chance haben und in der Verteilungsgerechtigkeit herrscht. In so einer Welt braucht es intensiven transkulturellen und transkontinentalen Austausch und ständige flexible Anpassung von Bedarfen und Zugang zu Ressourcen, um ein Gleichgewicht zu erhalten, in dem hegemoniale, kulturelle und koloniale Dominanz als destruktiv markiert ist und in

dem geeignete Instrumente etabliert sind, die deren Entstehung verhindern. In dieser Welt ist Rüstung und Waffengewalt unnötig. Der Weg dahin ergibt sich aus den Politiken, die in diesem Programm skizziert sind und für die allernächste Zukunft ergibt sich daraus ein stetiger Abbau der Rüstungsproduktion und der Umlenkung der Ressourcen in Verwendungen, die konstruktiv statt destruktiv sind. Auch die Einteilung in Blöcke und militärische Allianzen wie NATO und OSZE es sind, und die allein auf Regierungsebenen stattfinden, sollen sukzessive durch intensivste zivilgesellschaftliche Vernetzungen und transkontinentale und transkulturelle Verbindungen ersetzt werden. Konflikte sind auf dieser Ebene zu lösen – natürlich mit geeigneten Methoden, Instrumenten und Partizipationsmodellen. Jegliche militärische Einmischung deutscher Soldat*innen ist auszusetzen, auch die militärische Präsenz außerhalb Deutschlands soll eingestellt werden. An deren Stelle sollte intensiver zivilgesellschaftlicher Austausch, Austausch von Expertisen, von Knowhow sowie ausgedehnte gemeinschaftliche Bildungsinitiativen und Kulturproduktion treten.

Sicherheitspolitik ist unter umgekehrten Vorzeichen zu analysieren. Die Frage ist nicht vorrangig, was sind die Sicherheitsrisiken für Deutsche bzw. für Menschen in Deutschland, sondern welche Gefahr und welche Sicherheitsrisiken gehen von Deutschland und Europa für die Welt aus – Stichwort koloniale Dominanz, Zerstörung von Lebens- und Existenzgrundlagen, kulturelle Hegemonie und eurozentrische Diskurse weißer Mehrheitsgesellschaften. Diplomatische Initiativen auf politischer Ebene haben die Aufgabe, eine Kehrtwende und ein radikales Umdenken und Dekonstruieren destruktiver globaler Dominanzverhältnisse zu vermitteln, zu verhandeln, zu kommunizieren und zu implementieren. Die Vereinten Nationen als Institution sollte von der Logik der Nationalstaaten Abstand nehmen und als Vertretung der globalen Community neu eingerichtet werden, die wir nämlich in unserer Menschlichkeit sind.

Der militärische industrielle Komplex muss beendet und zugunsten der Lebensqualität der Menschen abgeschafft werden.

Digitalisierung

Es geht um die davon eilende Entwicklung hin zu einer Technologie, die einerseits große Fortschritte für die globale Menschheit bedeuten kann, die aber auch große Gefahren bedeuten kann für die globale Community, wenn sie sich im rassistischen kapitalistischen und patriarchalen System etabliert. Die Verschmelzung von Künstlicher Intelligenz, mit dem intensiven Verständnis menschlicher Biologie und vor allem menschlicher Biochemie und der bald grenzenlosen Kapazität der Verarbeitung riesiger Datenmengen, kann sowohl in die rassistische faschistische Dystopie münden, als auch in eine verteilungsgerechte und partizipative Utopie. Es steht und fällt mit der Gestaltung dieser Entwicklung. Hier prescht die Industrie voran, ohne ethisch, rassismuskritisch, intersektional machtkritisch aufgestellt zu sein. Bestehende Biases fließen ungefiltert in Algorithmen ein (Wer bekommt einen Kredit, wer bekommt einen Job und welchen, etc) und bestehende Systeme (siehe oben) werden unhinterfragt in die Logik der Algorithmen eingeschrieben. Und es preschen auch Regierungen voran mit staatlichen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen, um in diesem globalen Rennen nicht hinten zu bleiben. Die Konsequenzen zunehmender Automatisierung für die Arbeitswelt und die Arbeitsmärkte dürfen nicht diesem Rennen überlassen werden.

Auch hier bedarf es einer Gestaltung, einer Entschleunigung und vor allem einer transkulturellen, transkontinentalen, interdisziplinären, machtkritischen Kommunikation und Kooperation und gemeinsamer Standards, gemeinsamer Vereinbarungen und der Etablierung eines globalen Miteinanders. Wir streben ein globales Commitment an, zusammen an dieser Gestaltung zu arbeiten.

Das geht nicht ohne die in anderen Themen erwähnte Dekonstruktion der Systeme, die diese Entwicklung entfesselt haben. Die Ausbildung in Ingenieurwissenschaften und digitalen Technologien ist eine kritische Stelle in dieser Entwicklung, wo eingegriffen werden kann und muss. Die ethischen, menschenrechtlichen, rassismuskritischen, queerfeministischen, intersektionalen, Sensibilisierungen, können schon jetzt dazu beitragen, dass die Anwendungen für machtkritische Zwecke, für Transparenz und demokratische Kontrolle und für mehr Partizipation entwickelt werden, statt für die Zementierung von Dominanzverhältnissen.

Wir stehen für weitgehenden Datenschutz; Erhaltung europäischer datenschutzrechtlicher Standards für einen EU Technologie Stack; zeitgemäße digitale Infrastruktur flächendeckend; Die Verwaltung muss innerhalb einer Legislaturperiode eine komplette digitale Infrastruktur für alle Verwaltungen einrichten. Für die Regulierung der technologischen Entwicklungen braucht es eine transkontinentale Kooperation.

Demokratie – soziale Ordnung – Gewaltenteilung – Wahlen, Wie sehen unsere Parlamente aus/Quote Bundestag, Lobbyismus, demokratische Konstrukte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Partizipation und Transparenz prüfen; Zivilgesellschaft & Staat/Polizei

Soziale Ordnung fällt nicht vom Himmel. Die Systeme, in denen wir leben, sind von Menschen gemacht und können auch von Menschen verändert werden, hinterfragt und dekonstruiert/überwunden werden. Das wird oft vergessen und gerade Rassismus wird oft mit der „angeborenen Angst vor dem Fremden“ legitimiert oder relativiert, wie auch Kapitalismus mit der „gierigen Natur des Menschen“ legitimiert wird und wie auch das Patriarchat durch die vermeintliche „körperliche Überlegenheit von cis Männern“ normalisiert wird. Alles das ist Unsinn und wissenschaftlich, historisch widerlegt. Es ist möglich, eine soziale Ordnung zu etablieren als globale Community, in der diese Systeme keinen Platz haben.

In der unmittelbaren Gegenwart muss die Gewaltenteilung als Grundsatz der Demokratie hinterfragt werden. Die Gewalt scheint nicht ausreichend geteilt, die Kontrollfunktionen sind nicht gut durchdacht und das ganze System steht auf einem kolonialen Fundament, was es per definition antidemokratisch macht.

Das parlamentarische System muss so umstrukturiert werden, dass es eine Partizipation der globalen Community, die wir bereits sind, ermöglicht, so dass ALLE Perspektiven (nicht nur die regionalen deutschen) abgebildet werden, die von der Politik betroffen werden, die in D gemacht wird. Es braucht eine paritätische Abbildung von intersektionalen Perspektiven, unabhängig von deren zahlenmäßiger Anwesenheit und korrespondierend mit dem Referenzrahmen: Gerade für global relevante Diskurse muss die Perspektivenvielfalt, die intersektionale Interessenvertretung und die interdisziplinäre Expertise gewährleistet werden.

Und alle derzeit existentiell relevanten Diskurse sind gleichzeitig die global relevanten: Gewährleistung von Menschenrechten überall, Klimagerechtigkeit, menschenrechtlich-ethische Gestaltung von technologischem Fortschritt (AI/Bioengineering), Entmilitarisierung.

Der komplette parlamentarische Komplex - Politische Prozesse, Entscheidungsfindungen, Ressourcenverwaltungen und Einflüsse aus den Strukturen der Gesellschaft (Märkte, Institutionen, Interessenvertretungen etc) muss nachhaltig-partizipativ gestaltet werden, transparent erfasst und dargestellt und verständlich gemacht werden.

Steuern sind immer noch die scheinbar sinnvollste Methode, gemeinschaftliche Projekte, Strukturen, etc zu finanzieren. Gleichzeitig sind Steuern und Steuersysteme sehr unbeliebt und haben kein gutes Image. Warum eigentlich? Es wird viel verschwendet und es wird vieles gemeinschaftlich finanziert, was scheinbar eher den Interessen von Unternehmen dient (bzw indirekt der Erhaltung von Arbeitsplätzen) – bsp sind Autobahnen. Die nutzen nur Autofahrer:innen, zahlen tun aber alle dafür. Und es gibt auch keinen Ausweg daraus und keine Option, die Verwendung der eigenen Steuerbeiträge an Zwecke zu binden, bzw. bestimmte Verwendungen auszuschließen.

Das ist eigentlich unmodern und unzeitgemäß. Es muss eine technisch umsetzbare Möglichkeit geben, die Verwendung von Steuermitteln mit zu bestimmen. Davon ausgenommen sein müssen aber alle Mittel, die in gleichstellende Verwendungen fließen. Die Kirchensteuer ist abzuschaffen. Religiöse Stätten und Institutionen müssen selber Konzepte entwickeln, um für ihre Mitglieder attraktiv zu bleiben und um in ihrer Gemeinde Angebote machen zu können. Das schließt die Beantragung von Fördermitteln für Verwendungen nicht aus. Die automatische Finanzierung, die noch ein Überbleibsel aus der Entschädigung für Enteignungen ist, soll beendet werden.

Anstelle der destruktiven Abschottungen und nationalen Konstrukte und Grenzregime soll intensive globale Mediation, Kooperation und Austausch und Information treten! Der „urbane“ Geist ist im Sinne dieser intensiven,

globalen und konstruktiven und vor allem zivilgesellschaftlichen Vernetzung zu verstehen – Durch die Vernetzung rücken wir näher zusammen und die Selbstverständlichkeit unterschiedlicher Identitäten und verschiedener Lebensentwürfe funktioniert überall und über alle Grenzen und kulturellen Räume hinweg. Wir lernen, innere Werte zu fokussieren und zu priorisieren, anstelle materieller und äußerlicher Faktoren.

Die Institution Polizei: Die Polizei beschützt kapitalistische Besitzverhältnisse und setzt die kapitalistisch rassistisch hierarchisierende soziale Ordnung durch. Sie ist damit inhärent rassistisch. Deswegen ist eine Polizei, die vor Rassismus schützen soll, eine Polizei, die sich selber abschaffen muss, weil sie eben der erhaltende Ausdruck von strukturellem und institutionellem Rassismus ist. Die Polizei müsste für eine tatsächliche Bekämpfung von Rassismus aus der eigenen Institution heraus die Verteidigung von Besitzständen ablehnen bzw. Besitzverhältnisse einfordern und soziale Ordnung einfordern, die durchzusetzen eine zumutbare Aufgabe ist.

Die Durchsetzung von sozialer Ordnung, die auf Ausbeutung basiert, ist auf Dauer nicht machbar und muss jede Institution, die diese antisoziale rassistische Ordnung durchsetzen muss, kompromittieren.

Jede soziale Ordnung hat Regeln, die das Miteinander gestalten. Wenn wir davon sprechen, die Polizei abzuschaffen, dann geht es nicht darum, dass es keine Institution(en) braucht, die diese Regeln durchsetzt(en) oder deren Einhaltung prüfen. Aber es ist eine Forderung, die die Gedanken in die Richtung lenkt, was überhaupt für soziale Ordnungen auf Dauer durchsetzbar sind in Gesellschaften, in denen nicht die informelle soziale Kontrolle diese Funktion übernehmen kann, weil wir schon lange in Gesellschaften leben, in denen wir uns nicht alle gegenseitig persönlich kennen? (Siehe hierzu auch Yuval Noah Harari) Die rassistisch koloniale kapitalistische ist es jedenfalls nicht. Deswegen treten wir dafür ein, Polizei in ihrer jetzigen Form abzulösen durch eine Institution, deren Aufgaben und Kompetenzen neu durchdacht werden müssen und deren Struktur rassistisch und intersektional machtkritisch aufgebaut ist und handelt.

Die akuten Veränderungen, die am Status Quo ansetzen, können nur unbefriedigende Anpassungen sein, wichtig sind sie dennoch, weil auch kleine Anpassungen bereits die Leben von Marginalisierten und Migrantisierten verbessern können.

Wir fordern daher die bedingungslose Einstellung jeglichen racial profilings und empfindlicher Disziplinarmaßnahmen bei Anwendung dieser Praxis. Wir fordern unabhängige Ermittlungsstellen in allen größeren Städten und auf Landesebene und auf Bundesebene, die Polizeiarbeit regelmäßig monitoren, supervisieren und bei konkreten Verdachtsfällen von Machtmissbrauch ermitteln mit Entscheidungskompetenz. Wir fordern die Öffnung der NSU-Akten und die umgehende ausführliche und unabhängige Ausermittlung sämtlicher Verbindungen, Querverweise und Verstrickungen in bestehende Behörden, Verwaltungen und in die Zivilgesellschaft. Wir fordern die Wiederaufnahme der Ermittlungen im Mordfall an Oury Jalloh und die Verurteilung der Mörder, sowie die Ermittlung gegen jede einzelne Behörde, Stelle und Person, die im Zuge der Verschleppung und Strafvereitelung eine Verantwortung trägt. Wir fordern eine große, unabhängige und ständige Kommission von Expert:innen, die Rassismus innerhalb der Polizeistruktur und innerhalb der Ausbildungswege und innerhalb der Schnittstellen mit Justiz und Vollzug untersucht, analysiert und Instrumente entwickelt, wie die Polizei in der jetzigen Form bereits alle möglichen Maßnahmen ergreifen kann, um Rassismus und die internen rassistischen Denk- und Handlungsmuster zu neutralisieren. Wir fordern regelmäßige rassistischkritische und diskriminierungskritische Sensibilisierungen für alle Polizist:innen und regelmäßige Möglichkeiten der Reflektion der Arbeit und der Einordnung von Erfahrungen im Job zusammen mit Expert:innen.

In der akuten Situation muss die Institution Polizei durch eine neu zu gestaltende Ausbildung und eine unabhängig ermittelnde Expert:innen-Kommission so intensiv wie möglich sensibilisiert werden und in der Ausübung des Gewaltmonopols intensiv kontrolliert werden, da die Durchsetzung der Institution mit rassistischem und rechtsextremistischem Gedankengut zusätzlich zum ‚unconscious bias‘ noch gar nicht in ihrem ganzen Ausmaß bekannt ist und eingeschätzt werden kann. Statt von einer ‚im Grundsatz korrekten‘ Polizei auszugehen, muss vielmehr sehr bedenklich stimmen, dass die Institution sich in einer ständigen Verteidigungshaltung befindet und eher versucht, ihren Ruf zu retten, als tatsächlich für eine menschenrechtlich und grundgesetzlich klar bekennende Polizei Sorge zu tragen.

Universelles Grundeinkommen – Verteilung – Arbeit

Um bereits im Hier und Jetzt Verteilungsgerechtigkeit zu befördern und Existenzgrundlagen zu sichern und auch um Kapazitäten zu schaffen für zivilgesellschaftliches Engagement und politische Partizipation, muss ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland gefordert werden. Um aber gleichzeitig die globale Relevanz des Grundeinkommens zu signalisieren, braucht es eine Kommission zur Ausdehnung des Grundeinkommens synchron mit der antikolonialen Agenda auf die gesamte globale Community. Hierfür sollen Modelle entwickelt werden, wie das universelle Grundeinkommen partnerschaftlich (z.B zwischen D und den ehemals von D kolonisierten Ländern, oder zwischen EU und den von der EU kolonisierten Ländern) eingeführt werden kann, so dass es mit dem System der Reparationen verknüpft wird und diese Institutionen ineinander greifen können.

Solange diese Modelle noch nicht entwickelt sind, bzw. solange die Kommunikation mit den Ländern, Regionen, Gruppen, die Anspruch auf Reparationen haben, noch nicht installiert ist, sollten bereits "vorläufige" Reparationsleistungen in einen Fonds eingezahlt werden, dessen Verwendung dann besprochen und ausgehandelt wird. Die vorläufigen Einzahlungen können nur symbolische Wirkung entfalten. Die Höhe, Form und Durchführung von Reparationen muss in einem gemeinsamen, bestenfalls für beide Seiten heilsamen Prozess ermittelt und vereinbart werden. Wichtig ist, dass die Kommunikation vor allem zwischen Zivilgesellschaften stattfinden, anstelle diplomatischer Verhandlungen zwischen Regierungen. Die Gewährleistung und Ermöglichung dieser transkulturellen, transkontinentalen und interdisziplinären zivilgesellschaftlichen Vernetzung, Kommunikation und Austausch muss gesetzlich verankert und durch unabhängige Träger und die öffentliche Administration regelmäßig und häufig und intensiv umgesetzt werden. (siehe Reparationen)

Jegliches Grundeinkommen kann nicht eine absolute nominelle Summe sein, sondern muss an mehreren Schlüsselparametern anknüpfen. Hier sollten Preisniveaus eine Rolle spielen, aber auch die Einkommensschere zwischen obersten und untersten Einkommensniveaus. Welche Parameter es konkret sein sollten und woran sie sich orientieren und wie diese zu ermitteln sind, muss eine personell breit und intersektional repräsentative Initiative oder Kommission erforschen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen darf niemanden ausschließen. Es darf eben an keine Bedingung geknüpft sein. Weder Aussehen, noch Alter, weder Herkunft, Status, Staatsangehörigkeit, Einkommen, sexuelle Identität, Geschlechtsidentität, Glaube, noch körperliche Fähigkeiten dürfen zur Bedingung für seinen Erhalt gemacht werden. Es kann eine einfache Möglichkeit geben, das Grundeinkommen alternativ und zweckgebunden zu spenden – z.B. in die Verwendung für Reparationen oder in andere Solidarfonds.

Rente

Altersarmut ist ein sehr großes und sehr wichtiges Thema. Aufgrund der Versteuerung der Rentenzahlung und der unzureichend bemessenen Höhe ihrer Rente müssen sich jeden Monat unzählige Rentner:innen Sorgen um ihr Überleben machen. Vielen hilft einzig ihre Witwenrente, um über die Runden zu kommen. Diejenigen, die keinen solchen Zuschuss erhalten, könnten mit Grundsicherung aufstocken, was von den etwa eine Million Berechtigten jedoch nur etwa 570.000 wahrnehmen. Gründe hierfür sind u. a. Befürchtungen der Betroffenen, dass ihre Kinder und ggf. Enkelkinder diese Aufstockung zurückzahlen müssten. Zwar müssen Aufstocker:innen den Aufstockbetrag nicht zurückzahlen, jedoch zeigt diese Befürchtung sehr deutlich, wie wenig informiert die Menschen werden über etwas, das für sie Grundlage des Lebens ist.

Ist das wirklich die Art und Weise, wie wir alte Menschen behandeln und ihnen finanziell gegenüber treten wollen? Ganz klar: nein. Unserer Ansicht nach haben alle Rentner:innen ein Recht auf selbstbestimmte Lebensumstände, in denen ihnen finanzielle Sorgen und Ängste erspart bleiben; in denen sie sich nicht durch äußere Umstände als Bürde für ihre jüngeren Familienmitglieder oder die Gesellschaft sehen. All das muss unabhängig davon geschehen, ob sie

sich in ihrem Leben für Kinder oder für eine Heirat entschieden haben. Zudem muss eine klar Kommunikation und Informationsausgabe stattfinden.

Wir haben die Vision einer Gesellschaft, in der alte Menschen in allen Bereichen des sozialen Miteinanders inkludiert sind. Die Spaltung zwischen jung und alt führt dazu, dass wir von der Geschichte abgeschnitten werden und nicht mehr aus den gemachten Erfahrungen lernen können.

Statt einer Rente im bisherigen Sinn, schlagen wir eine Kombination aus dem bedingungslosen Grundeinkommen und zusätzlichen von der Gesellschaft zu erbringenden sozialen, nicht-monetären Leistungen vor, die in Nachbarschaftszentren koordiniert werden können. So ist gesichert, dass jede:r Rentner:in gut leben kann - ohne finanzielle Sorgen oder Gedanken daran, ihre Angehörigen zu belasten. Wir wollen, dass die Rente für jede Person gleich ist; unabhängig davon, ob die Person sich in ihrem Leben für Kinder oder eine Heirat entschieden hat / entscheiden konnte, welcher Bildung der Person zugänglich gemacht wurde, aus welcher Gesellschaftsschicht eine Person kommt. Wir wollen die Rente von heteronormativen Strukturen und vom Patriarchat lösen, durch die und in welchem Frauen und weiblich gelesene Personen weit weniger Rente bekommen als Männer, weil sie keinen Zugang haben zu gleichwertigen Lohnarbeitsmöglichkeiten und -bezahlungen, weil sie als homosexuelle Personen nicht heiraten durften (in Deutschland ist das erst seit 2017 möglich) oder weil ihnen automatisch das Bekommen und die Erziehung von Kindern zugeordnet wurde. Eine von all dem unabhängige Rentenzahlung ist also auch ein Kampf gegen die Abhängigkeitspositionen, in die Frauen und weiblich gelesene Personen gebracht wurden und werden.

Es ist wichtig, Rentner:innen einen angenehmen und eigenständigen Lebensabend zu gewährleisten, weil sie alle in irgendeiner Form zum Aufbau, zur Weiterentwicklung, zur Verbesserung unserer Gesellschaft beigetragen haben. Entweder durch ihre Taten oder durch ihre Ideen und ihr Wissen. Zugleich müssen wir uns bewusst machen, wieso die Höhe der Rente eigentlich an Lohnarbeit, heteronormative Strukturen, Geschlechtsidentitäten und das Patriarchat gebunden sind und dass wir diese Verbindung aktiv zerstören müssen, um dann schlussendlich auch diese Strukturen dekonstruieren zu können. Die Sicherung der Rente über die Grundsicherung hilft somit auch, aktiv für Gleichberechtigung einzutreten und auf eine gleichberechtigte Gesellschaft hinzuarbeiten.

Solidargemeinschaft & Community - Internationale Kooperation jenseits von Blockpolitik [Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Streichung Entwicklungshilfe, Kooperationen und Austausch auf Augenhöhe, Generationenverbindung zwischen allen Altersgruppen

Globale zivilgesellschaftliche Vernetzung

Die Diplomatie, die aktuell die bilateralen und multilateralen internationalen Beziehungen gestaltet, trägt dem tatsächlichen Bedarf an transkontinentaler und transkultureller Kommunikation und Austausch nicht Rechnung. Das zeigt sich mehr als deutlich an den vielen Krisen, Konflikten und Blockbildungen. Gemessen an den neuen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, um uns so intensiv und breit zu vernetzen, wie nie zuvor, bleiben wir weit hinter dem zurück, was richtig ist und nötig ist. Alles, was auf Regierungsebene & NGO-Ebene passiert, reicht nicht aus bzw. ist in der jetzigen Form sogar Ausdruck weißer Vorherrschaft und kolonialer Kontinuität und Hegemonie. Die Verbindungen dürfen nicht überwiegend auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene bleiben, sondern müssen überwiegend auf der zivilgesellschaftlichen kulturellen und künstlerischen Ebene passieren.

Für effektive, solidarische zivilgesellschaftliche Vernetzung braucht es eine Institutionalisierung dieser Vernetzungen mit enormen finanziellen Ressourcen, um Völker, Regionen, Länder, Kontinente so eng zu vernetzen, dass die Idee von Grenzen zwischen uns immer mehr Bedeutung verliert und in Frage gestellt wird.

Der Bildungsbereich sollte bspw. gemeinsame transkontinentale Klassen/Kurse/Seminare als regelmäßige Teile aller Ausbildungen beinhalten.

Internationale Politik ist vor allem von Blockpolitik gekennzeichnet und von der Hierarchisierung von Ländern entlang militärischer und/oder wirtschaftlicher Bedeutung aka Macht und Größe. Es werden Drohkulissen aufgebaut und

Feindbilder kultiviert und die kolonialen Dominanzverhältnisse zu unterbrechen, ist nur China gelungen, welches aber das kapitalistische und koloniale Spiel mitzuspielen scheint. Anstelle der destruktiven Abschottungen und nationalen Konstrukte und Grenzregime soll intensive globale Mediation, Kooperation und Austausch und Wissenstransfer treten! Der „urbane“ Geist ist im Sinne dieser intensiven, globalen und konstruktiven und vor allem zivilgesellschaftlichen Vernetzung zu verstehen – Durch die Vernetzung rücken wir näher zusammen und die Selbstverständlichkeit unterschiedlicher Identitäten und verschiedener Lebensentwürfe funktioniert überall und über alle Grenzen und kulturellen Räume hinweg. Wir lernen, innere Werte zu fokussieren und zu priorisieren, anstelle materieller und äußerlicher Faktoren.

Wir lernen, dass die vielen Aspekte unserer Identitäten als Menschen uns zwar unterscheiden, dass wir aber darin gleich sind, dass wir alle eine Vielzahl von Aspekten unserer Identität haben und niemand nur aus einem hervorgehobenen Aspekt von Identität besteht, die das gesamte Wesen bestimmt und dominiert – wenn wir denn alle dieselben Möglichkeiten haben und bekommen, unsere Persönlichkeiten und Identitäten zu entfalten und zu entwickeln.

Die Verbindung, die unterschiedliche Menschen aus verschiedenen Kulturen vernetzt, soll auch Generationen miteinander verbinden und die sehr kapitalistische und unwürdige Unterbringung von alten Menschen (was auch immer „alt“ bedeutet) in abgelegenen Senioren- und Pflegeheimen rückgängig machen. Die Normalisierung der Verlegung alter Menschen aus den Familien hinaus in Sammelunterkünfte nur für alte und gebrechliche Menschen ist bereits vollzogen, diese Praxis ist in Deutschland schon akzeptiert und wird seit langem betrieben. Und das Narrativ des „zur Last fallens“ in einer Welt, in der die jüngeren arbeiten müssen und „nicht den Nerv haben“, danach noch Eltern oder Großeltern zu pflegen, ist etabliert. Dass es aber zu entwürdigenden Zuständen und entmündigenden Situationen führt, die wiederum Krankheiten und Altersschwächen verstärken, sollte die Organisation der Pflege und der Betreuung – insofern sie überhaupt nötig sind – dezentral und familiennah bzw. in der Familie ermöglicht werden. So können auch alte Menschen weiter Anteil nehmen, ihre Erfahrungen teilen und Teil einer solidarischen Community sein. Statt räumliche oder personelle Engpässe mit Alters- und Pflegeheimen zu beantworten, sollten moderne Technologien und Möglichkeiten genutzt werden und pflegende Personen angemessen entlohnt werden für ihre Leistungen. Dieser Sektor braucht eine Aufwertung und deutlich mehr Ansehen und Würdigung, als er aktuell bekommt.

Ein zentraler Punkt unserer Politik ist die Forderung nach Reparationen für die Verbrechen und Plünderungen durch Versklavung und Kolonialismus. Mehr dazu steht auch unter Reparationen weiter oben. Hier ist der Punkt wichtig, weil die Etablierung von Reparationen für die Entwicklung einer globalen solidarischen Community, in der Perspektiven gleichberechtigt nebeneinander stehen, unabdingbar ist. Die aktuelle Praxis der Entwicklungszusammenarbeit, die vor allem eine verdeckte Promotion für die europäische Wirtschaftsförderung ist, indem Märkte für europäische (billig)Produkte aggressiv erschlossen werden, muss eingestellt werden, bzw. von einem Reparations-System abgelöst werden.

Partizipation – Gleichstellung – Antirassismus – Antidiskriminierung

Grundsätzlich ist für die Entstehung politischer Entscheidungen und auch für deren Akzeptanz ein maximales Maß an Partizipation wünschenswert und erforderlich. Allerdings wurden wir in eine Situation manövriert, in der die Interdependenzen von Maßnahmen und Entscheidungen immer komplexer werden (siehe auch künstliche Intelligenz) und vor allem global relevant. Es gibt kaum noch einen Bereich des politischen Handelns, der isoliert betrachtet werden kann. Weder thematisch, noch regional. Daraus leitet sich ja zwingend ab, dass in die partizipativen Prozesse alle involviert sein sollten, die von den Entscheidungen betroffen oder berührt, benachteiligt oder privilegiert werden könnten. Und daraus leitet sich auch zwingend ab, dass Entscheidungen nicht allein auf Intuition oder Gruppeninteressen basieren dürfen. In politische Entscheidungen muss vor allen Dingen intersektionale, machtkritische, rassismuskritische, etc Expertise einfließen. Dafür muss gesorgt werden. Außerdem muss überdacht werden, was Partizipation, Gleichstellung und Antidiskriminierung bedeuten. Aktuell besteht die Umsetzung überwiegend aus (mehr oder weniger zugänglicher) Beteiligung an der Debatte, die Entscheidungen sind aber immer noch der Bildung von Mehrheiten unterworfen. Je nachdem, wer also bereits privilegierten Zugang zu

Entscheidungsgremien hat, dominiert die Wahl bzw. die Abstimmung. Es müssen also Instrumente entwickelt werden, die an allen Stellen, wo Entscheidungen gefällt werden, intersektional alle betroffenen Perspektiven paritätisch abbilden. Repräsentation, die Perspektiven „nur“ entlang ihrer zahlenmäßigen Repräsentanz in einer wie auch immer definierten und umgrenzten Gruppe/Gesellschaft abbildet, kann die Machtungleichgewichte nicht aufheben

Die andere Seite der Medaille ist der Umgang mit Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, wenn sie auftreten. Ihre Omnipräsenz in den Strukturen kann nur ausgehebelt werden. In unseren Denkmustern werden diese Systeme weiterhin bestehen bleiben und noch länger wirken, auch wenn wir die Strukturen so gestalten, dass ihre Macht immer weiter begrenzt oder ihr entgegengewirkt wird. Es bleiben also Faktoren, die wir weiter auf dem Schirm haben müssen. Um an der Stelle einzugreifen, sind Ansprachssysteme wichtig und Mechanismen, die dann greifen, um die Personen zu schützen und zu stärken, die diese Erfahrungen machen und um die Verantwortung für die Auflösung solcher Situationen und Momente dort anzusiedeln, wo die Denkmuster auftreten, anstatt dort, wo sie ihre Wirkung entfalten. Die Beweislast muss bei jenen liegen, die Diskriminierung ausüben, nicht bei jenen, die sie erfahren. Das in Berlin in kraft getretene LADG sollte bundesweit in kraft treten und die Stellen, die für dessen Einhaltung sorgen bzw die die Verstöße dokumentieren, erfassen, erheben und bearbeiten, müssen genauso omnipräsent sein, wie die Diskriminierung selber. Das Gesetz muss auch noch breiter ausdefiniert werden und Beschwerdewege- und Grundlagen allgemein bekannt und zugänglich machen. Antidiskriminierungsbeauftragte mit den entsprechenden Kompetenzen sollten an allen Institutionen und in der kompletten Administration, sowie in der Privatwirtschaft etabliert werden und mit Instrumenten ausgestattet sein, die ein business as usual im Angesicht von Diskriminierungsfällen unmöglich machen.

Antirassismugesetz: auf Bundesebene und schließlich auch auf europäischer und globaler Ebene brauchen wir ein Antirassismugesetz. Ein solches Gesetz muss eine breite, ausführliche Rassismusdefinition, auf deren Grundlage weitergedacht und gehandelt werden kann, enthalten oder sich darauf beziehen. Es muss den Rasse-Begriff im Grundgesetz soziologisch einordnen und den Umgang damit festlegen, sowie weitere Schritte, um in der Analyse im Prozess zu bleiben. Es muss Rassismus als Ideologie historisch einordnen und seine Wirkweisen und Mechanismen sichtbar machen. Es muss aufzeigen, wie Rassismus als Fundament alle Ebenen, Bereiche und Strukturen von Gesellschaft durchdringt, in Deutschland und global. Das Gesetz wird im Prinzip das gesamte (außen)politische, (außen)wirtschaftliche und (innenpolitische) administrative Handeln betreffen und „illegalisieren“, da der status quo rassistisch – und damit illegal - ist.

Das Antirassismugesetz muss das System weißer Vorherrschaft benennen und definieren, das als Kehrseite des rassistischen Systems zu verstehen ist.

Das Antirassismugesetz muss auch die besondere Verantwortung aus dem Genozid an Nama und Herero benennen und eine Reparation gesetzlich vorschreiben. Es muss alle Institutionen, alle Strukturen der sozialen Ordnung (Parlamente, Justiz, Polizei, Administration) verpflichten, koloniale Geschichte als Teil der deutschen Erinnerungskultur zu beachten und in alle Konzepte der Organisation von Gesellschaft zu integrieren. Es muss die koloniale Kontinuität im aktuellen Handels- Kapital- und Wirtschaftsgeflecht benennen und ihre Unterbrechung als Ziel festlegen.

Anti-Schwarzer Rassismus muss im Antirassismugesetz explizit benannt und als global wirkendes System geächtet werden. Es müssen Methoden und Ansätze gefordert werden, um diese Form von Rassismus auch im deutschen und europäischen Kontext zum Gegenstand von Forschung machen zu können. Dazu gehört die statistische Erfassung von Menschen nicht nur im Kontext von Migration, sondern im Kontext von Identität im rassistischen System. Nicht nur die Positionierung als Schwarz, Indigen oder POC ist relevant, sondern vor allem auch als weiß.

Das Antirassismugesetz muss Rasse als soziale Konstruktion benennen, die ein Dominanzverhältnis etabliert und reale Diskriminierung bewirkt. Rassistische Narrative oder Einstellungen als Meinung darzustellen, dient der Erhaltung von weißer Definitionsmacht und Deutungshoheit und ist selber Ausdruck von Rassismus. Dies muss im Antirassismugesetz deutlich und explizit stehen – auch als Teil der Rassismusdefinition.

Wohnen – Leben – Versorgung

„Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden, sondern muss mehr noch als alle anderen Vermögensgüter in den Dienst der Interessen der Allgemeinheit gestellt werden.“ (Hans Jochen Vogel, SPD)

Wir müssen einen zivilgesellschaftlichen, interdisziplinären Dialog und Austausch einrichten zu Eigentum an Grund und Boden. Der Dialog sollte transkontinental und transkulturell geführt werden. Die Anhäufung von Eigentum an Boden und die Konzentration von Eigentum in den Händen sehr weniger (global gesehen) Personen, Institutionen, Organisationen und Unternehmen, muss grundsätzlich hinterfragt werden (siehe Wirtschaft).

Um die soziale und ‚rassische‘ Segregation von Wohnen und Lebensräumen zu dekonstruieren, sollte die Vergabe von Wohnraum nach intersektional-machtkritischen Kriterien passieren. Noch bevor und während im gesellschaftlichen Dialog über Eigentum an Grund und Boden und Wohnraum verhandelt wird, muss schon jetzt der etablierten Segregation entgegengewirkt werden. Spekulation mit Wohnraum muss verhindert werden. Hierzu können verschiedene Instrumente etabliert werden (Mietendeckel, Leerstandbegrenzung, Verlust-Absetzungsverbot bei Leerstand, etc).

Ausnahmslos alle Menschen sollen in würdiger Unterkunft leben können. Das systematische Abschieben alter Menschen in „Seniorenheime“ oder Pflegeheime ist unwürdig und ist auch ein kapitalistisches Produkt. Es spricht nichts dagegen, dass sich alte Menschen zusammentun und zusammen leben in Gemeinschaft. Aber das System „Altenpflege“ ist gesellschaftlich ausgesprochen schädlich. Die Isolierung und Abschottung alter Menschen von der mobilen, modernen, schnell-lebigen, aber auch lebendigen, interessanten und inspirierenden urbanen Umgebung, von der direkten Begegnung mit Familie, Nachbar:innen und Freund:innen ist ungesund, für die alten und auch für die jungen Menschen. Durch die Aufwertung von Pflege- und Betreuungsberufen, soll deutlich bessere, flexiblere und räumlich dezentrale fachgerechte Versorgung alter Personen gesichert werden. Die Bereitstellung oder Einrichtung von Wohnraum für eine Pflege und für Wohnen und Leben im Kiez soll gefördert werden.

Von der Versorgung soll niemand ausgeschlossen oder unerreicht sein oder bleiben. Besonders muss dafür gesorgt werden, dass sämtliche öffentliche Einrichtungen und auch alle zukünftig entstehenden Bauten, sowie der öffentliche Raum barrierefrei im Sinne von Mobilität und Sinneswahrnehmung wird. Da wo Barrierefreiheit nicht baulich oder technologisch hergestellt werden kann, muss sie durch Dienstleistung ermöglicht werden. Die Forschung für Barrierefreiheit und die Herstellung von Technologie braucht umfassende Finanzierung (siehe Forschung/Technik)

Die Versorgung mit grundlegenden Gütern und Dienstleistungen muss durch die öffentliche Hand garantiert und strukturiert werden. Um Innovation zu inspirieren, müssen Mechanismen installiert werden, die Anreize schaffen abseits von kapitalistischer Anhäufungslogik. Kreative Konzepte und Modellprojekte zu Selbstversorgung sollten logistisch, finanziell und institutionell unterstützt werden.

Schlagwörter zur Umsetzung

Urban Gardening, Recht auf Wohnen, Mietrecht, Verbot von Leerstand, Mietendeckel, Trinkwasser, Infrastruktur, Grundeinkommen, Wiederverwertung, Recycling, Angebote, Recht auf Selbstversorgung, Kieze, Wohnen kein Spekulationsgegenstand, Enteignung, Begrenzung von Anhäufung von Grundbesitz, Mindestflächen, die community-verwaltet werden, Sport- und Freizeit Flächen, Barrierefreier Wohnungsbau

Bildung und Kultur

Diese Bereiche müssen steuerlich völlig aus- und durchfinanziert werden. Anhand einer umfassenden Bedarfsanalyse für das bestmögliche Bildungssystem/Kulturwesen, muss beides kalkuliert werden und diese Mittel müssen als erste bereitgestellt werden.

Um eine Politik zu Bildung und Kultur zu entwerfen, ist es hilfreich, alles über Bord zu werfen, was wir bisher an Bildung kennen. Es kann nicht radikal genug an dieses Thema herangegangen werden. Es gibt zu Bildung und Bildungssystem und zu diesem ganzen Komplex Forschung, die sicher relevant ist und deswegen ist unser Entwurf zu Bildungspolitik ein Vorschlag. Ein Beitrag zu dem Diskurs, der zusammengetragen ist aus verschiedenen Perspektiven auf Bildung und mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Positionen in dem System hier in D, aber auch anderswo.

Zuerst muss überlegt werden, was denn die Bildungsziele sind, anhand derer wir Bildung und Bildungssysteme gestalten?

Wir sehen einen Kanon von 4 Säulen: 1) Bildung soll Leben und Überleben lehren. 2) Bildung soll Schüler:innen, Student:innen, Lernende befähigen, sich zu den epochalen Phänomenen ihrer Zeit und ihrer Vergangenheit ins Verhältnis zu setzen (Position, Positionierung, Macht & Privilegien) und dementsprechend informiert und mündig eine eigenständige Meinung zu entwickeln. 3) Bildung soll Angebote machen, entlang derer Lernende ihre Persönlichkeit und Identität erforschen und entfalten können und 4) Bildung soll Gemeinschaft, Kommunikation und Kooperation vermitteln.

Die Vermittlung von Wissen ist in diesem Kanon nicht Selbstzweck, sondern ein Vehikel, eine mögliche Methode, diese wichtigen Aspekte zu lernen.

Das aktuelle Bildungssystem ist nicht dem eigentlichen Lernen gewidmet und der Entfaltung der Persönlichkeit, sondern der Kanalisierung von Arbeitskraft in den Arbeitsmarkt und zwar möglichst so, dass Angebot und Nachfrage zusammen passen. Es ist bspw nicht erwünscht, dass sämtliche Schüler:innen an Universitäten studieren, weil sonst nicht-akademische Segmente des Arbeitsmarktes keinen Nachwuchs bekommen. Dies ist über Zugangsbarrieren organisiert, deren Sinn oder Sinnlosigkeit unbedingt überprüft und neu bewertet werden müssen.

Zugang zu Wissen wird leichter, die Grenzkosten von Bildungsangeboten im digitalen Bereich sind null – Angebote müssten künstlich verknüpft werden, um Lernende davon fernzuhalten. Die „Produktion“ von Arbeitskraft für das kapitalistische System durch das Bildungssystem ist ein Auslaufmodell (Stichwort Universelles Grundeinkommen)

Wir gehen davon aus, dass Lernen eine lebenslange Angelegenheit sein und bleiben wird und dass lehrende bzw. begleitende Berufe, Trainer:innen-Berufe, betreuende Berufe, sehr viel allgegenwärtiger sein werden. Da wird ein neues Segment von Arbeit/Beschäftigung entstehen, das heutzutage auch schon existiert, aber noch zu den Ausnahmen im Schulalltag gehört, die dann bis dato Projektstage heißen.

Der Ort Schule, der aktuell in der Zeit von ca 8 Uhr bis ca 16 Uhr genutzt wird und dann den Rest des Tages überwiegend leersteht, sollte als Ort des Miteinander und Voneinander Lernens fast durchgehend geöffnet sein.

Wir gehen in der Zukunft von deutlich kleineren Klassen aus, von selbstverständlichen Angeboten für Übersetzung und wir fordern, dass jedes Gebäude, in dem Bildung stattfindet barrierefrei ist bzw. wird. Für die Gewährleistung von Barrierefreiheit muss noch viel geforscht und entwickelt werden (siehe Forschung & Wirtschaft) und es darf keine Frage der Budgets sein, ob Barrierefreiheit in der Bildung realisiert wird.

Die Fächer, die heute Schule dominieren, werden in Zukunft nicht irrelevant sein. Aber sie werden mit emotionalem Lernen verknüpft und mit praktischer Anwendung verknüpft, mit gemeinschaftlichem Handeln und mit der Erfahrung der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit.

Das Lernen von Gebärdensprachen aller Schüler:innen bereits spielerisch vor der Schule und regulär im Bildungssystem ermöglicht die Kommunikation von Menschen, die sprechen, und zwar von allen – untereinander und mit all jenen, die es nicht tun. Damit kann auch teilweise spielerisch schon im Kindergarten begonnen werden. Auch die Braille-Schrift sollten alle lernen. Gebärdensprache als offizielle Sprache kann sich derart etablieren, dass sie sozusagen muttersprachlich erlernt wird.

Die Bedeutung von Sprache als bewusstseinsbildendes Element von Gesellschaft, als etwas, was ständig in Bewegung, in Entwicklung und in Veränderung ist, sollte auch als solches gewürdigt werden und die Zugänge zu Sprache und wie sie gelehrt wird, spiegelt nicht ihre Tiefe und ihr Potential. Es braucht eine Kommission für die Zukunft von Sprache und ihres Erwerbs, in der Sprache nicht nur als mechanisches Scharnier zwischen Individuen verschiedener Sprachräume gesehen wird.

Der spielerische und künstlerische Umgang mit Sprache kann bereits etabliert werden, bevor Kinder lesen und schreiben lernen – und auch für die Zukunft des Lesens und Schreibens braucht es sehr akut eine Kommission, die auch diese zwei Pfeiler von Kommunikation analysiert und darin ggfs Mehrwerte ausmacht, die jenseits von der bloßen Funktion liegen und wodurch Lesen und Schreiben neu bewertet wird im Bildungskontext.

Medienkompetenz als Fach muss viel mehr und früher Raum bekommen. Gleichzeitig kann Bildungsraum auch Gelegenheiten schaffen für analoge Zeit ohne Technik, ohne Input, ohne Reize, ohne Anregung.

Schulgärten sollen eine Selbstverständlichkeit sein und nicht eine Beschäftigung für AGs, sondern ganz elementarer Teil von Lernen. Schulen können so in Kiezen für urbanes Gardening verantwortlich sein, Räume im öffentlichen Raum dafür nutzen und Schüler:innen die Verwendung selber bestimmen.

Handwerkliche Techniken sollten auch regelmäßiger Teil von Bildung sein.

Meditation bzw. Stillezeit sollte fester Bestandteil von Lernen und Tagesablauf sein in Lernräumen, um Selbstwahrnehmung zu fördern und Raum für Reflektion.

HipHop Kultur als emanzipatorische Kultur und in ihrer Bedeutung als machtkritische, rassismuskritische Identifikationsplattform, die alle Beiträge begrüßt und würdigt und die alle Beiträge integrieren kann (Analogie zu den Techniken des samplen, mixen, cutten, scratchen, breaken), soll regelmäßiger Teil des Curriculums sein als Angebot an die Lernenden, eigenes darin zum Ausdruck zu bringen, aber auch um so einen praktisch-kulturellen Zugang zu Erinnerungskultur und zur Relevanz von Geschichte für die Gegenwart zu bekommen. Dabei sehen wir HipHop Kultur hier als Platzhalter für Schwarze Kulturproduktion allgemein, weil Schwarze Kulturproduktion nicht nur HipHop ist, aber jede Schwarze Kulturproduktion innerhalb von HipHop einen Platz hat und Ausdruck findet. Viele Fragen zu unserer kollektiven globalen Geschichte, zu Deutungshoheit, zu Eurozentrismus, zu Identität, zu Dominanz, zu Macht und zu Unterdrückung, zu Sprache und zu Persönlichkeit entwickeln sich in dem Rahmen selbstverständlich aus der Praxis der Kultur heraus und den Gesprächen darüber.

Sport und/oder körperliche Betätigung machen im zukünftigen Lernen XY% der Zeit aus. Innerhalb welcher Lehr- und Lernbereiche das stattfindet, kann sehr unterschiedlich sein. Vor allem ist Bewegung – unabhängig davon wieviele Teile des Körpers bewegt werden (können), Teil von Leben und Überleben und Symbol dafür.

Genau wie auch pflegende und betreuende Berufe, werden auch lehrende Berufe deutlich aufgewertet. Nicht nur was die Einkommen von Lehrenden betrifft. Auch ihre Beiträge zur Entwicklung hin zu einer globalen, solidarischen, barrierefreien und gerechten Community sind unschätzbar wichtig.

Für die „Schule“ oder wie auch immer die zukünftigen Orte des miteinander Lernens heißen werden, gilt, was für alle Bereiche gilt, im öffentlichen Bereich, in den demokratischen Institutionen, in der Privatwirtschaft: Repräsentation! Vertretung von intersektionalen Perspektiven – sowohl unter den Lernenden, als auch unter den Lehrenden. Dafür haben die Schulen mit ihrer Einstellungspolitik zu sorgen. Und dafür muss auch die Lernendenschaft intersektional multiperspektivisch strukturiert werden. Es sollen Instrumente entwickelt werden, die die soziale und ‚rassische‘ Segregation von Schulen unmöglich machen. Dies geht einher mit Wohn(ungs)politik (siehe Wohnen), um sukzessive auch die Bewohnung der Kieze immer intersektional multiperspektivischer zu machen.

Literatur und Forschung und Berichte zu historischen Ereignissen und Entwicklungen aber auch zu politischer Erneuerung, afrozentrische Perspektiven, dekoloniale Schriften und Literatur und Expertisen müssen in viele Sprachen übersetzt werden. Hierfür müssen Förderungen eingerichtet werden, damit diese relevanten Texte allen allgemein, regelmäßig und selbstverständlich zugänglich werden.

Kultur im Sinne des (künstlerischen) Ausdrucks wird in den Kontext von Bildung gestellt, weil beides untrennbar miteinander gedacht werden muss.

Der Begriff Kultur ist historisch auch belastet und hat immer auch gedient, um ‚rassistische‘ Ideologie und soziale Hierarchie zu legitimieren und zu definieren. Kulturlosigkeit‘ bzw. die Eigenschaft der ‚Kultiviertheit‘ als Gegenentwurf geht eng einher mit der Idee von ‚Primitivität‘ bzw ‚Zivilisation‘. Daher kann das Thema nur rassismuskritisch und machtkritisch entwickelt werden. Ob der Begriff erhalten bleiben kann, ist bereits eine valide Frage. Wir lassen ihn daher nur unter Vorbehalt stehen und arbeiten kritisch damit, um diese Konnotationen und Assoziationen sichtbar zu machen bzw. neue Konnotationen und Assoziationen herzustellen.

Wir argumentieren mit dem Ursprung und der Bedeutung der HipHop Kultur, als Ausdruck und Instrument von unten und vom Rand – in dem die oben erwähnten Konnotationen und Assoziationen aufgehoben und entkräftet sind. Gerade die Tatsache, dass die Kultur sich von einer Nachbarschaft in der Bronx, NY aus, mit - kulturhistorisch betrachtet - Rekordgeschwindigkeit über den Globus ausbreitete, muss Anlass geben, zu analysieren, was ihre besondere, inhärente Strahlkraft ausmacht. Diese Betrachtungen und Analysen finden in der Akademie schon länger statt und sollten auch im Kulturbetrieb gewürdigt werden und zur Umlenkung von Ressourcen führen.

Die Selbstrepräsentation, die Umsetzung mit gar keinen bis geringen Mitteln, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Lebensrealitäten unter der Unterdrückung und am Rand, die zwangsläufig unkonventionellen Ausdrucksformen, die gemeinschaftliche Praxis der Ausübung der Kultur, die inklusive Haltung, die die Teilnahme an der Kultur unabhängig von Klasse, ‚Race‘, Geschlechtsidentität, körperlichen Fähigkeiten, Aussehen, Glaube, etc.... selbstverständlich ermöglicht und erlaubt und einlädt, sind Merkmale, die den wenigsten kulturellen Ausdrucksformen und Plattformen inhärent sind.

Diese Analyse soll nicht jede andere Kunstform oder künstlerische und kulturelle Praxis entwerten. Aber es sollte aus dieser Perspektive über deren Subtexte und Zugänglichkeit und über deren Entstehungsgeschichten viel mehr gesprochen, vermittelt und gelehrt werden. Kunst und Kultur müssen demokratisiert und dekolonisiert werden und künstlerische/kulturelle Praxis sollte ein selbstverständlicher Teil jeder Biographie werden (können). Die öffentliche Unterstützung und Finanzierung urbaner kultureller Praxis (urban im Sinne von Intersektionalität und Multiperspektivität) sollte den größten Anteil an der kulturellen Förderung ausmachen. Die Verzerrung von kulturellem Ausdruck durch die patriarchal-rassistisch-kapitalistische Vereinnahmung und Kommerzialisierung von Kunst und Kultur wirkt systemerhaltend und systemreproduzierend. Kunst und Kultur, die bestehende Systeme angreifen, entlarven und sichtbar machen, brauchen Raum, Mittel und Verstärkung. Insbesondere der Raum dafür muss zunehmend der öffentliche Raum werden, um auch alle zu erreichen. Flächen und Räume – auch private – sollten im Sinne der Verpflichtung von Eigentum der künstlerischen/kulturellen Praxis zugänglich gemacht werden können. Die finanzielle Förderung muss von Gremien bestimmt werden, die überwiegend zivilgesellschaftlich, intersektional und multiperspektivisch zusammengesetzt sind.

Vor allem der Konsum von Kunst und Kultur, die Interaktivität, die gemeinschaftliche Auseinandersetzung damit und die Zugänglichkeit dazu muss demokratisiert und barrierefrei gestaltet werden. Kunst und Kultur sind nicht als Luxusgut oder als „nice to have“ zu betrachten, sondern als integraler Bestandteil und Bedürfnis menschlichen Handelns. Viele gesellschaftliche Aushandlungs- und Sensibilisierungsprozesse (die auch in unserem Programm auf fast allen Ebenen gefordert werden) werden auch in der kulturellen, künstlerischen Praxis sichtbar und durch sie verstehbar und auf einer emotionalen Ebene (er)lernbar.

Und daraus folgt auch ein Rückschluss auf Bildung und Bildungspolitik: das vorrangig kognitive Lernen in Lehrsystemen soll abgelöst werden durch ein vorrangig emotionales Lernen – indem kulturelle/künstlerische Praxis eng verknüpft wird mit allen Lerninhalten.

Kunst, Kultur und Politik

Vorab: Der Begriff Kultur ist historisch belastet und hat immer auch dazu gedient, rassistische Ideologie und soziale Hierarchie zu legitimieren. Kultur'losigkeit' bzw. die Eigenschaft der ‚Kultiviertheit‘ als Gegenentwurf geht eng einher mit der Idee von ‚Primitivität‘ bzw. ‚Zivilisation‘. Daher kann das Thema nur rassismuskritisch und machtkritisch entwickelt werden. Ob der Begriff erhalten bleiben kann, ist bereits eine valide Frage. Wir lassen ihn daher nur unter Vorbehalt stehen und arbeiten kritisch damit, um diese Konnotationen und Assoziationen sichtbar zu machen bzw. neue Konnotationen und Assoziationen herzustellen.
(siehe Artikel Kultur und Bildung)

Warum sind Kunst und Kultur wichtig?

Kunst und Kultur sind für eine gesunde, demokratische und freie Gesellschaft in vielerlei Hinsicht von zentraler Bedeutung.

Kunst trägt auf persönlicher und kollektiver Ebene zu Erkenntnisgewinn und Entwicklung durch individuelle und gesellschaftliche Reflexion bei. Sie reflektiert gesellschaftliche Realitäten, und ist Motor gesellschaftlicher Veränderung, indem sie Gegenentwürfe entwickeln kann, ohne dabei an die Realität gebunden sein zu müssen.

Kunst und Kultur bieten die Möglichkeit, in einer konsumorientierten, schnellen Gesellschaft zu entschleunigen und ein anderes Tempo zu leben. Sie machen es möglich, dass alternative Werte als Maßstab genommen werden können, und sind für viele Menschen emotional-psychischer Ausgleich zum Alltag sowie Therapie und Vorbeugemaßnahme für psychische Erkrankungen. Kunst schafft dabei einen Beitrag zur Lebensqualität und bietet Möglichkeiten zum Austausch.

Kunst und Kultur schaffen wichtige Freiräume und geschützte Räume für marginalisierte Gruppen. Sie sind vor allem hier zentral für die individuelle und kulturelle Identitätsfindung und der Entwicklung eines eigenen kulturellen Selbstbewusstseins. Sie sind für viele Überlebenshilfe in einem schwierigen Alltag und einem oft rassistischen Gesellschaftsklima. Die hier geschaffenen Freiräume sind außerdem Voraussetzung für die Bildung von Subkultur, die alternative Lebensentwürfe zum gesellschaftlichen Mainstream bieten.

Kunst und Kultur bieten einen notwendigen Schutzraum und Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Durch sie können Perspektiven aufgezeigt, zu Bildung motiviert und sozialer Halt geschaffen werden, was durch öffentlich-schulische Einrichtungen und im familiären Umfeld oft nicht erreicht werden kann.

Kunst und Kultur sind zudem ein wichtiges Gegengewicht zu den rechtspopulistischen Kräften in der Gesellschaft, und damit stabilisierende demokratische Kraft. Durch sie kann aufgeklärt und Stimme erhoben werden, sie kann mobilisieren und Zustände kritisch beleuchten.

Kunst ist nicht materiell, vielfältig, deutungsoffen, nicht homogen, dynamisch und hybrid. Sie muss frei bleiben, darf nicht vereinheitlicht werden, und es darf keine Deutungshoheit über sie von einer Gruppe beansprucht werden, auch nicht von der gesellschaftlichen Mehrheit.

Der Zugang und die Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle Menschen gleich möglich sein. Das gilt gleichermaßen für kulturelle Bildung, Kulturinstitutionen und Freiräume sowie für das Erleben und für das Schaffen von Kunst.

Ihr Konsum, die Interaktivität, die gemeinschaftliche Auseinandersetzung damit und die Zugänglichkeit dazu muss demokratisiert und barrierefrei gestaltet werden. Kunst und Kultur sind nicht als Luxusgut oder als „nice to have“ zu betrachten, sondern als integraler Bestandteil und Bedürfnis menschlichen Handelns. Viele gesellschaftliche Aushandlungs- und Sensibilisierungsprozesse (die auch in unserem Programm auf fast allen Ebenen gefordert werden) werden auch in der kulturellen, künstlerischen Praxis sichtbar und durch sie verstehbar und auf einer emotionalen Ebene (er)lernbar. (Siehe Bildung und Kultur)

Wie soll Kunst geschützt und gefördert werden?

Freie Kunst und Kultur sind die Grundlage für Demokratie und ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben und müssen daher als solche geschützt und gefördert werden.

Kultur ist zwar einerseits ein Wirtschaftsfaktor, andererseits darf Kultur auch nicht wirtschaftlich sein. Kulturbetriebe müssen die Möglichkeit haben, ihr Programm wenigstens teilweise unabhängig von Rentabilität gestalten zu können, um gesellschaftlichen Gegenentwürfen Raum geben zu können.

Es muss daher nicht nur eine Förderung von öffentlichen Kulturstätten geben, sondern auch finanzielle Programme für private Kulturstätten. Private und öffentliche Kulturstätten müssen zudem unter besonderem Schutz vor Verdrängung stehen.

Bei der Förderung privater Kulturstätten ist es wichtig, dass eine Aufhebung der Unterscheidung von Popkultur und Hochkultur als Förderungsgrundlage stattfindet. Popkultur bzw popkulturelle Kulturstätten tragen nämlich wenigstens genauso sehr zur gesellschaftlichen Kulturlandschaft bei wie sogenannte hochkulturelle und öffentlich geförderte Kulturstätten.

Clubs-, Live- und Musiclocations müssen bundesweit als Kulturstätten anerkannt werden, und nicht wie bisher als Vergnügungstätten. Wir fordern eine Änderung der Baunutzungsverordnung für Clubs-, Live und Musiclocations auf Bundesebene, damit diese eine andere Bewertung in Sachen Baurecht und Lärmschutz bekommen können. Sie müssen vor Verdrängung geschützt werden, und es muss erlaubt sein, sie nicht nur in Gewerbegebieten, sondern auch in Wohngebieten zu betreiben.

Mit der Anerkennung als Kulturstätte und die Aufhebung der Unterscheidung von Popkultur und Hochkultur wäre für private Kulturstätten der Weg frei zur Beantragung von Kulturförderprogrammen, wodurch eine programmatische Gestaltung unabhängig von ihrer Rentabilität möglich wäre. Das Programm könnte so auf anderen Grundlagen kuriiert werden und ein diverseres und interessanteres Programm wäre möglich.

Die Förderung privater und vor allem auch öffentlicher Kulturstätten muss auf Grundlage transparenter Kriterien passieren. Die öffentliche Förderung müssen an bestimmte Grundsätze gebunden werden, wie zum Beispiel die Gleichstellung der Geschlechter, Diversität und antirassistische Arbeit in der Programmgestaltung. Sie muss von von Gremien bestimmt werden, die überwiegend zivilgesellschaftlich, intersektional und multiperspektivisch zusammengesetzt sind.

Kulturelle Vielfalt muss in einer offenen Gesellschaft gefördert und auch strukturell verankert werden, deshalb fordern wir für öffentlichen Kulturstätten die Verpflichtung zu einer Gestaltung der internen Organisationsstruktur nach den Grundsätzen der Diversität und Gleichstellung, z.B. durch eine Quotenregelung der Mitarbeiter*innen.

Auf Programmebene muss die Geschichten aller Menschen, die in Deutschland leben, gehört und gesehen und auf kultureller Ebene und in öffentlichen Kultureinrichtungen reflektiert werden.

Die öffentliche Unterstützung und Finanzierung urbaner kultureller Praxis (urban im Sinne von Intersektionalität und Multiperspektivität) sollte den größten Anteil an der kulturellen Förderung ausmachen. Die Verzerrung von kulturellem Ausdruck durch die patriarchal-rassistisch-kapitalistische Vereinnahmung und Kommerzialisierung von Kunst und Kultur wirkt systemerhaltend und systemreproduzierend. Kunst und Kultur, die bestehende Systeme angreifen, entlarven und sichtbar machen, brauchen Raum, Mittel und Verstärkung. Insbesondere der Raum dafür muss zunehmend der öffentliche Raum werden, um auch alle zu erreichen. Flächen und Räume – auch private – sollten im Sinne der Verpflichtung von Eigentum der künstlerischen/kulturellen Praxis zugänglich gemacht werden können. (siehe Bildung und Kultur)

Kultur und Kunst verlaufen nicht nach staatlichen Grenzen, sondern sind lokal, regional, national und international, deshalb muss bei der ihrer Förderung die Internationale Vernetzung berücksichtigt werden.

Diversität und Intersektionalität in Kunst und Kulturförderung

Was ihre interne Struktur betrifft sind sowohl öffentliche als auch private und popkulturelle Kulturstätten noch oft weit davon entfernt, divers zu sein und bilden die Machtverhältnisse der Mehrheitsgesellschaft meist ab.

Die öffentliche Kulturförderung muss deshalb an eine Verpflichtung zu Diversität gebunden werden, sowohl intern mit einer Quotenregelung zur Aufhebung diskriminierender Strukturen als auch in der Programmgestaltung. In Bezug auf die Publikumsstruktur muss die Kulturstätte eine Verpflichtung zu einer gleichbehandelnden Türpolitik eingehen.

Auch die Realität in privaten popkulturellen Kulturstätten wie Clubs- und Konzertlocations ist keineswegs eine diverse. Es braucht hier dringend mehr Menschen in bestimmten Positionen, die feministisch, antirassistisch und intersektional kritisch denken und handeln können. Eine Möglichkeit zur Steuerung wäre auch hier, Förderprogramme ins Leben zu rufen, die an eine bestimmte Gestaltung interner Strukturen gebunden sind, sowie Förderprogramme, die nur für Kulturstätten gedacht sind, die den Aufbau eigener Strukturen von BiPOC, Frauen, queeren oder non-binary unterstützen.

Auf dem Weg hin zu mehr Diversität und Intersektionalität in Kunst- und Kulturförderung besteht auch eine Verpflichtung der Medien, diverseren Programmpunkten von Kulturstätten und marginalisierten Künstler*innen Sichtbarkeit zu geben.

Dekolonialisierung und Erinnerungskultur in der Kulturförderung

Im Rahmen der Kulturförderung muss außerdem darauf geachtet werden, dass die Erinnerungskultur aufrecht erhalten wird, für die die deutsche Gesellschaft besondere Verantwortung übernehmen muss.

Das muss sowohl in Bezug auf die nationalsozialistische Geschichte, die DDR/SED-Diktatur als auch insbesondere die koloniale Vergangenheit Deutschlands passieren, da hier besonderer gesellschaftlicher Nachholbedarf besteht.

Die koloniale Vergangenheit Deutschlands muss im Kulturbereich dringend gründlich aufgearbeitet werden. Dazu gehört beispielsweise die Forschung über die Herkunft von Sammlungsobjekten und immateriellen Kulturgütern aus kolonialen Kontexten sowie deren Rückgabe an Herkunftsgesellschaften. Zudem müssen Kultureinrichtungen und der öffentliche Raum in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen der ehemals Kolonialiserten hierzulande und international dekolonialisiert werden. Rassistische und koloniale Erinnerungsstätten und Namensgebungen müssen im Dialog mit den betroffenen Menschen überarbeitet, geändert oder entfernt werden.

Unterstützung selbständiger Kulturschaffender

Die sogenannte Coronakrise und das Jahr 2020 haben gezeigt, dass es bei der Unterstützung selbständiger Kunst- und Kulturschaffender große Leerstellen gibt. Soloselbständige und kleinere kulturschaffende Betriebe sind nur sehr dürrig in das deutsche Sozialsystem mit eingebunden, und haben seit dem fast kompletten Einkommensausfall seit März nur sehr dürrig staatliche Unterstützung bekommen. Ein großer Teil der Kulturschaffenden insbesondere im Bereich der Veranstaltungswirtschaft sind bei den angebotenen staatlichen Hilfsprogrammen übersehen wurden und mussten vor allem ihre privaten monatlichen Kosten komplett aus Rücklagen, die eigentlich für private Absicherung und Rente gedacht waren, bestreiten, so sie denn vorhanden waren.

Wir fordern deshalb folgende Maßnahmen:

* Kurzfristige Maßnahmen:

Es werden Hilfen gebraucht, die alle Formen von Selbständigkeit im Bereich der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft betreffen. Da ein Großteil der Hilfen nur für Fixkosten des Unternehmens nutzbar sind und private Kosten nicht berücksichtigen, ist ein Unternehmerlohn oder eine Kurzarbeitergeldregelung analog zum KUG von Angestellten nötig. Die aktuelle Regelung eines erleichterten Zugangs zum Arbeitslosengeld II halten wir weder für angemessen noch für anwendbar, da keine Arbeitslosigkeit vorliegt und die Rahmenbedingungen bei Selbständigen mit Einkommensausfall bei dennoch gleichzeitig weiterlaufendem Unternehmensbetrieb komplett andere sind als bei langzeitig arbeitslosen Menschen, weshalb die Bewertungsgrundlage nicht gleich sein darf.

In Bezug auf erforderliche Maßnahmen zur Rettung der Veranstaltungswirtschaft schließen wir uns den Forderungen der Initiative #AlarmstufeRot an:

<https://alarmstuferot.org/forderungen>

* Langfristige Maßnahmen:

Wir fordern langfristig gesehen eine angemessene Vergütung für alle Kunst- und Kulturschaffende und Soloselbstständige. Sie brauchen für ihre Arbeit professionelle Rahmenbedingungen und eine verlässliche und angemessene soziale Absicherung.

Wir fordern in dem Zusammenhang die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, um allen Menschen in der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, eine unbürokratische finanzielle Grundlage zu bekommen, auf der sie ihr Leben bestreiten können.

Soloselbständigen bzw. Selbständigen dürfen keine Benachteiligung mehr bezüglich Sozialleistungen wie Rente, Arbeitslosengeld oder Ausfallgelder erfahren. Es muss ein System entwickelt werden, das sie in Zukunft vor unverschuldeten Einnahmenschwüngen schützt und auffängt. Sie müssen zudem genauso wie die Gruppe der Festangestellten in die Sozialsysteme eingebunden werden, da sie zu einem nicht unerheblichen Teil in das Steuersystem mit einbezahlen. Soloselbständige und Selbständige mit kleineren Betrieben müssen eine angemessene Rente bekommen können, und es müssen Instrumente geschaffen werden, die ihnen eine Altersabsicherung unabhängig von privaten Rücklagen möglich machen. Ebenso müssen Mischformen aus Selbständigkeit und Festanstellung zugelassen werden, und zwar auf eine Art und Weise, die für sie nicht nur mehr Abgaben bedeutet.

Die kreative und selbständige Arbeit von Kunst- und Kulturschaffenden muss aufgewertet werden durch mehr Förderungsprogramme sowie politische und öffentliche Anerkennung. Soloselbständige und kleinere selbständige Unternehmen sind nicht wie bisher abseits der Realität als privilegiert aufzufassen, sondern als Teil der Solidargemeinschaft, zu der sie beitragen.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Bildung einer Gewerkschaft Kulturschaffender, die ihr Anliegen politisch vertritt.

Arbeit – Freizeit

Wir stehen für ein universelles Grundeinkommen und die zunehmende Förderung und Ermöglichung von Selbstversorgung, so dass ultimativ Arbeit eine Frage der Wahl und nicht der Pflicht sein wird. Arbeit und Arbeitsplatzhaltung sind bereits seit langem ein Faktor, über den Unternehmen politischen Druck ausüben und mit dem Manager:innen für diese Unternehmen – und damit mittelbar auch für sich selbst – unverhältnismäßige Vorteile aushandeln. Billige bzw. nahezu kostenlose Arbeit ist ein Narrativ und eine Institution, die nicht mit dem offiziellen Ende der Praxis des Menschenhandels und der Versklavung praktisch aufhörte.

Die andauernde Arbeitsausbeutung in Ländern und Regionen entlang kolonialer Dominanzverhältnisse, kann nicht damit weiter legitimiert werden, dass sich daraus über Generationen für Familien eines schönen Tages eine Mittelschichtszugehörigkeit erreichen lässt. Das ist keine akzeptable Perspektive aus menschenrechtlicher Sicht und aus machtkritischer und rassismuskritischer anticolonialer Perspektive. Arbeit sollte – soweit noch kein Grundeinkommen etabliert ist – Lebensstandards vor Ort nicht nur sichern, sondern garantieren und dies sollte Bedingung sein für jedes multinationale transkontinentale wirtschaftliche Engagement. Die Indikation muss gesetzlich verankert werden und es muss umgehend anwendbare Gesetzgebung und Rechtsprechung dazu geben, um die Durchsetzung zu sichern. (siehe Wirtschaft)

Die fortgesetzte Arbeitsausbeutung insbesondere von Schwarzen & POC Gefängnisinsass:innen in den USA – bekannt als Prison Industrial Complex – ist nicht besser als Versklavung. Es werden mehr Menschen innerhalb dieses Komplexes ausgebeutet, als jemals zu einem Zeitpunkt Menschen versklavt waren auf den Territorien der

heutigen USA. Solche und alle Formen der Arbeitsausbeutung müssen beendet werden und damit in Zeiten eines universellen Grundeinkommens Menschen für einen Zweck arbeiten und Zeit investieren, ist es an den Arbeitgeber:innen, Anreize zu schaffen, damit Menschen Freizeit/Selbstzeit für Arbeitszeit eintauschen.

Insgesamt wird es einen fundamentalen shift geben müssen hin zu unersetzlicher Arbeit – sprich Arbeit, die nicht genauso gut oder besser von Robotern oder automatisierten Systemen erfüllt werden kann (siehe AI/Bioengineering). Dies ist insbesondere die Form von lehrender/begleitender Tätigkeit, die verschränkt mit/ in Kooperation mit/ und mit Hilfe von kulturellem/künstlerischem Ausdruck geleistet wird. Aber auch pflegende Berufe und betreuende/begleitende Berufe, insgesamt soziale Berufe werden noch viel breiter und tiefer ausdifferenziert und werden elementarer Bestandteil aller Bereiche, aller Ebenen, aller Kontexte, so dass dieser Sektor sehr viel größer werden wird. Arbeitsplätze in Branchen, die anachronistisch sind, sollten wegfallen und ab sofort durch ein Grundeinkommen aufgefangen werden, wie bspw in der Rüstung und im Kohlebergbau, sowie in der Massentierhaltung und -Schlachtung.

Forschung – Wissenschaft – Technologie

Gesellschaftlicher Fortschritt ist eine Idee, die in unserer kollektiven eurozentrischen Vorstellung und Sprache eng verbunden ist mit dem Bereich Forschung, Wissenschaft und Technologie. Dabei haben verschiedene Gebiete von Forschung und Wissenschaft sehr unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen und auch sehr unterschiedliche Auswirkungen auf Gesellschaft.

Wenn wir diesen Komplex trennen nach Forschungen und Wissenschaften, die in die Vergangenheit schauen und sozusagen rekonstruieren und verschiedene Perspektiven auf die Vergangenheit herstellen und nach solchen, die die Gegenwart beforschen und analysieren, und nach jenen, die verschiedene potentielle Zukünfte betreffen und durch ihr Handeln gleichzeitig auch entwerfen und herstellen, ist gleichzeitig klar, dass diese Bereiche nicht isoliert voneinander Forschen und Entwickeln dürfen.

Wissenschaft ist auch nie neutral. Es spielt immer eine Rolle, wer, aus welcher Position heraus, auf welche Art und Weise forscht und entwickelt. Es spielt nicht nur eine Rolle, was beforscht und entwickelt wird sondern auch, was gleichzeitig NICHT beforscht und entwickelt wird. Diese Leerstellen sind wichtig und müssen sichtbar gemacht werden.

Insbesondere Black Studies ist ein Bereich, der übergangen wird in der Einrichtung und Ermöglichung von Forschung.

Forschung und Entwicklung muss vor allen Dingen in den Dienst der Vision gestellt sein. Forschung und Entwicklung, die dem Ziel einer globalen solidarischen und verteilungsgerechten, etc. Community die Grundlagen entzieht, entgegengerichtet ist oder die Erreichung dieser Vision bremst, sollte idealerweise nicht stattfinden, wenn sie sogar schädlich und aus menschenrechtlicher Sicht verwerflich ist und sie sollte nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, wenn sie nicht zu dem Erreichen dieser Vision beitragen kann. Dies gilt für technologische Forschung, für geisteswissenschaftliche Forschung, für medizinische Forschung, für sonstige Forschung.

Für die Einordnung von Forschungsvorhaben und Entwicklungsvorhaben sollte dahingehend ein Katalog von Kriterien entwickelt werden – zusätzlich zu denen, die es bereits gibt – um in Einzelfällen angemessen einordnen zu können, welche Potentiale, aber auch welche möglichen gesamtgesellschaftlichen Schäden eine Forschung hervorrufen kann.

- Hochschulen sind auch unabhängig, können ihrer Inhalte etc. selbstbestimmen Hier ist Art 5 wichtig, was die Freiheit der Lehre garantiert
- Freiheit der lehre heißt aber nicht dass Menschen diskriminiert werden dürfen, heißt dass nicht jede person das lehren kann was sie will

- Auch müssen wir hier zwingend auf die Strukturen eingehen: Zugänge, Anerkennung der Abschlüsse. Einstellungspraxen, Schwarze Professorinnen etc.

Medien

Medien als sehr dominant meinungsbildender Sektor der Gesellschaft, können und müssen in der Sensibilisierung für die aktuellen globalen Realitäten, für die Relevanz und Auswirkungen weißer europäischer Lebensrealitäten für Lebensrealitäten weltweit

Der Mangel an BIPOC Journalist:innen und Medienmacher:innen und mit weiteren intersektionalen Dimensionen von Identitäten im Sinne der 6 Diversitätsdimensionen, die eine Konsequenz struktureller Diskriminierungen ist, muß durch gezielte und durchfinanzierte Förderinstrumente ausgeglichen werden.

Körper & Seele [körperliche und seelische Gesundheit - Sport, Konsum – Ernährung, Rausch]

Dieser Abschnitt hieße "normalerweise Gesundheit und Pflege. Da aber der Bereich Gesundheit sich in D fast nur mit der physischen Kondition befasst und fast gar nicht mit der seelischen, ist das Wort „Gesundheit“ nicht geeignet, um das zusammenzufassen, was Die Urbane. Eine HipHop Partei in dem Kontext als wichtig erachtet.

Der aktuelle Zustand permanenten Ungleichgewichts und permanenter Unterdrückung produziert auf beiden Seiten der Gleichung körperliche und seelische Symptome, in denen sich die Krankheit des Systems spiegelt und ausdrückt.

Wir bringen durch die rassistische und kapitalistische Wirtschaftsweise enorme Gefahren für Körper und Seele zustande und auch wenn nicht jedes körperliche Phänomen zwingend diesem systemischen Ungleichgewicht zugeordnet werden kann, so kann es auch nie zuverlässig als davon losgelöst und unabhängig gelten.

Besonders die seelischen Konsequenzen, kollektive generationsübergreifende Traumata und Zustände bedürfen einer sehr viel größeren Beachtung und für die Überwindung dieser Systeme brauchen wir Kraft und mentale Resilienz und deswegen eine unterstützende Politik, die Körper und Seele ganzheitlich sieht und Lösungen für die Bedarfe auf beiden Ebenen gleichberechtigt anbietet.

Die Zahl von Menschen, die freiwillig sterben, bzw. die eigene physische Existenz beenden, steigt jährlich überproportional zum demographischen Wachstum. Unter Philosoph:innen und progressiven Denker:innen gibt es die These, dass Konsum eine Form der Religion ist, und als solche Funktionen erfüllt, die auch herkömmliche Religionen wie Christentum, Islam, etc. erfüllen: Sinn stiften und Gruppenzugehörigkeit, Identität stiften und Trost spenden, ein Wertesystem herstellen. Da aber eben diese zutiefst kapitalistische „Religion“ zwingend einhergeht mit der rassistischen Unterdrückung und Ausbeutung, ist dieser inhärente Sinnfehler geeignet, seelische Schäden zu erzeugen, die aber im dominanten kapitalistischen System kaum als solche erkannt werden. Problematisiert wird dieses Phänomen nur dann, wenn es sich mit anderen Aspekten von Identität überschneidet, die sich damit nicht vertragen, entweder, weil Personen aufgrund von Klasse gar nicht die Mittel haben, um zu konsumieren und sich verschulden, oder illegale Wege finden, zu konsumieren, oder weil der Konsum sich auf schädliche Substanzen fokussiert. Dann wird Konsum auf einmal problematisch und die, die ihn – so wie es auch täglich über Werbung als Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit suggeriert wird - brauchen und wollen, werden kriminalisiert und pathologisiert.

Wir wollen seelischer Gesundheit denselben Stellenwert einräumen, wie körperlicher Gesundheit und möchten gleichzeitig hinterfragen, woher die Ideen und Vorstellungen davon kommen, was „gesund“ und „krank“ überhaupt bedeutet und wer oder was diese Vorstellungen geprägt hat. Bspw die dominante Assoziation von „dünn“ mit „gesund“ ist eine, die viel mit Körpernormen und kapitalistischen patriarchalen Vermarktungsmechanismen für eine Selbstoptimierungsindustrie zu tun hat. Diese Konzepte müssen also gründlich einer Prüfung unterzogen werden. Gerade die Vernachlässigung der seelischen Ebene und der Überhöhung der körperlichen Ebene ist sowohl das Produkt von als auch ein Nährboden für Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat.

An dieser Stelle muss auch eine radikal entkriminalisierende Drogenpolitik etabliert werden. Wir betrachten nicht den Drogenkonsum an sich als das Problem, sondern wir können aufgrund von langjährigen Studien (bsp Treating Drug Abuse and Addiction in the Criminal Justice System: Improving Public Health and Safety - [Redonna K. Chandler](#), PhD,¹ [Bennett W. Fletcher](#), PhD,¹ and [Nora D. Volkow](#), MD) davon ausgehen, dass Drogenkonsum ein Symptom ist und dass Kriminalisierung keinen Effekt zeigt, Behandlung dagegen immer nachhaltiger wird, durch immer besseres neurobiologisches Verständnis der Prozesse.

Wir treten für eine selbstverantwortliche Rauschpolitik ein, durch die Individuen befähigt werden, selber zu ermesen, ob und welche Substanzen sie wie und wann und in welcher Form konsumieren (können), ohne dass diese ihren seelischen oder körperlichen Zustand dauerhaft beeinträchtigen.

Cannabis, Tabak und Alkohol sollen legale Rauschmittel sein. Da es aber sehr bedenklich und manipulativ ist, dafür Werbung zu machen, sollte Werbung für alle Rauschmittel unerlaubt sein. Andererseits ist Sucht nicht an Substanzen gebunden und Sucht als Verhaltensmuster ist wiederum Ausdruck

- Hier finde ich die Idee der Legalisierung wichtig: Hanf ist auch eine Alternative zu Holz und nicht nur ein Drogen - oder Rauschmittel
- das portugiesische Model sollten wir als Vorbild übernehmen. Dort ist jeglicher Konsum entkriminalisiert

Körper & Seele

* Medizin (Impfpflicht / Pflichtuntersuchungen / einfacherer Zugang zu Vollnarkose beim Zahnarzt auch für Erwachsene / gute Qualität von Zahnplomben auch bei Standardmodellen / nicht mehr Männer im Zentrum der Medizin / Brillen von KK übernommen / Blut- & Organspende- Regelung ändern / 2 Klassen system abschaffen / Körperautonomie bei Arztbesuchen / Konversionstherapie oä benannte “Therapien” rigoros abschaffen / medizin. Cannabis schneller und einfacher verschrieben)

Psyche

Mentale Gesundheit wird in unserer Gesellschaft sehr sehr klein geschrieben. Viele Menschen unterschätzen, welche Auswirkungen und Einschränkungen mentale Erkrankungen mit sich bringen können. Wir brauchen eine freie Therapeutensuche, bei dem die zu behandelnde und die therapierende Person gemeinsam überein kommen, miteinander arbeiten zu können. Wir brauchen schnelleren und einfacheren

Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten und vor allem brauchen wir eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen und Neurodiversität.

Neurodiversität

Dieser Begriff bezeichnet ein Spektrum an Menschen, deren Gehirn nicht "nach Plan" aufgebaut ist oder funktioniert. Darunter fallen zB Menschen mit geistiger Behinderung, Menschen im Autismusspektrum, an Epilepsie leidende Menschen und psychisch Erkrankte.

Menstruation

Jeden Tag, jede Minute menstruieren unzählige Menschen und dennoch ist es eins der unliebsamsten und tabuisiertesten Themen unserer Gesellschaft, das am besten ganz unten in der schmutzigsten Schublade verschwinden soll. Action- und Horrorfilme können nicht blutig genug sein - die blutige Realität, die die Hälfte der Gesellschaft monatlich erlebt, scheint jedoch zu hart zu sein, um sich damit zu beschäftigen.

Abfällige Aussagen wie "die hat doch ihre Tage", Belächeln von Unterleibskrämpfen und PMS (Prämenstruelles Syndrom) und von Ekel gezeichnete Gesichter, wenn sich Menschen über Menstruation unterhalten, sind immer noch Alltag. Dies hat vielfältige Auswirkungen auf menstruierende Menschen: Zum einen wird die Menstruation generell als etwas Schambehaftetes, Negatives dargestellt. Dies überträgt sich auf die Menstruierenden und dementsprechend werden auch diese als unrein oder ekelhaft bezeichnet (oft auch in religiösem Kontext). Zum anderen findet keine neutrale Auseinandersetzung mit dem Thema statt. Somit kennen auch die Wenigsten zB PCO (Polyzystisches Ovar-Syndrom) oder Endometriose. Beides sind schwere Erkrankungen, unter denen Menstruierende leiden können und die aufgrund der geringen Bekanntheit in der Gesellschaft oft nicht als krankhaft erkannt, sondern als Normalität hingenommen werden, die keiner Behandlung bedürfen.

Menstruation und Armut

Gerade Menschen mit geringem Einkommen, mit staatlichen Bezügen oder ohne finanzielle Mittel müssen oft abwägen, ob sie lieber Hygieneprodukte oder etwas zu essen kaufen. Das ist inakzeptabel; keine menstruierende Person und kein Haushalt, der entsprechende Person/en beinhaltet, sollte wählen müssen. Es sollte eine kostenfreie Zurverfügungstellung von Hygieneartikeln nach Wahl der Menstruierenden eingeführt werden.

* Fatphobia

Sexualität

Im Mittelpunkt jeder Unterhaltung über Sexualität müssen Körperautonomie und Konsens stehen. Jede Person sollte vollkommen frei über ihren Körper verfügen und entscheiden dürfen und niemand hat sich über dieses Hoheitsrecht hinweg zu setzen. Die Realität sieht sehr anders aus: Gesetze, die Schwangerschaftsabbrüche kriminalisieren, erschauernswert uneinfühlsamer Umgang mit Opfern sexueller Gewalt inkl. Täter-Opfer-Umkehr,

ein veraltetes Frauenbild, das jedes Jahr zig Frauen, die sich sterilisieren lassen wollen, Steine in den Weg legt und das ebenso veraltete Bild der Heteronormativität.

Körperautonomie

Der Körper einer Person gehört nur ihr. Allein diese Person hat das Hoheitsrecht über ihren Körper. Keine staatliche Institution, keine medizinisch-professionelle Person, keine natürliche und ebenso keine juristische Instanz hat sich über dieses Hoheitsrecht hinwegzusetzen.

Konsenz

Die Erlaubnis, eine andere Person zu berühren oder Handlungen an ihr durchzuführen. Nur sexuelle Handlungen, die mit eindeutigem Konsens (= aktive Zustimmung, eindeutiges Ja uä) aller Beteiligten ausgeübt werden, stellen keine Übergriffe, sexuelle Gewalt, Missbrauch oder Vergewaltigung dar. Ist sich eine beteiligte Person unsicher, reagiert nicht auf verbale oder körperliche Avancen oder ist abgewandt, bedeutet das Nein. Ist eine beteiligte Person in einem Zustand der Unzurechnungsfähigkeit, nicht mündig oder besteht eine Abhängigkeit oder ein Machtgefälle, so kann kein Konsenz zustande kommen.

Heteronormativität

Dieser Begriff bezeichnet eine Weltanschauung, in der Heterosexualität als die Norm, als der Standard angesehen wird. Dies ist eine veraltete Ansicht und entspricht in keinsten Weise der Realität unserer Gesellschaft. Jede Art der Sexualität, die konsensuell zwischen mündigen Menschen und ohne Machtgefälle oder Abhängigkeiten stattfindet, ist als normal zu betrachten. Ebenso die verschiedenen Beziehungsformen: eine platonische Beziehung (Freundschaft) oder eine sexuelle kann genauso bereichernd, fordernd und wunderbar sein wie eine romantische, eine offene oder eine polyamore romantische Beziehung ist genauso eine romantische Beziehung wie eine monogame.

Sexualkurse

Oft bekommen Kinder schon recht früh sexuelle Begriffe oder Abwertungen mit sexuellem Phrasing mit. Und auch, wenn primär Eltern die Erziehungsaufgabe innehaben, welche auch die Sexualerziehung einschließt, so ist es sinnvoll, zusätzlich außenstehende Expert:innen mit der Aufgabe zu betrauen, Kindern fundiertes Wissen an die Hand zu geben.

Wenn überhaupt, findet dies bisher nur mit dem Bild der Heteronormativität und dem Schwerpunkt der männlichen Befriedigung statt. Es wird sich nicht oder nur unzureichend mit Konsens, Körperautonomie, dem weiblichen Sexualerleben und der weiblichen Anatomie, dem großen Spektrum von Sexualität, Selbstwert, Neinsagen/Ablehnung, "girls don't need to be nice", Selbstverteidigung, Menstruation, der unrealistischen Darstellung von Sex durch Pornos, sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung, der Normalisierung von Einschreiten gegen sexuelle Gewalt, toxischer Männlichkeit, toxischer Weiblichkeit, den Mythen Jungfernhäutchen und Jungfräulichkeit, Slutshaming, der Vielfalt an Verhütungsmitteln, Kinderwunsch und dem Nichtvorhandensein desselbigen, Abtreibung und Sterilisation beschäftigt.

All diese Bereiche sind jedoch notwendig, um sexuell kompetente Menschen aus Kindern zu formen, die ein breites Wissen haben darüber, dass ihr Körper allein ihnen gehört und dass niemand sie zu berühren hat, wenn sie es nicht möchten. Ebenso sollten sie fundiertes Wissen für die Zeit erhalten, in der sie sexuell aktiv werden und Zeugen sexueller Gewalt werden (und hier ist es grade für nicht-männliche Kinder keine Frage ob, sondern wann).

Ein weiterer Effekt solcher Sexualkurse kann sein, dass sich Opfer sexueller Gewalt entweder aktiv oder passiv zu erkennen geben. Und auch, wenn Letzteres erstmal sehr unangenehm klingt, so hat es jedoch auch den Vorteil, dass diesen Kindern Hilfe angeboten werden und ggf der Missbrauch, welcher meist im nächsten Opferumfeld stattfindet, ergründet und unterbunden werden kann. Den Opfern kann eine kundige Fachperson an die Hand gegeben werden; dies ist enorm wichtig, um weitere und Spätfolgen zu verhindern und um zu verhindern, dass sich das Trauma/ die Traumata in komplexe traumatische Störungen oder Posttraumatische Belastungsstörungen ausweiten.

sexuelle Gewalttaten

“Was hatten Sie denn an ?”

“Waren Sie betrunken oder haben Sie anderweitig konsumiert ?”

“Warum sind Sie denn mit ihm nach Hause gegangen ?”

Dies sind nur drei der gängigen als Fragen formulierten Vorwürfe, mit denen die (meist nicht-männlichen) Opfer sexueller Gewalt konfrontiert werden. Dabei tragen diese in keiner Weise zur Aufklärung des Verbrechens bei, sondern nur für mehr Scham, Selbstvorwürfen und Vertiefung des psychischen Traumas. Momentan gibt es keine Garantie dafür, dass die befragende Person die gleiche sexuelle und Geschlechtsidentität hat wie das Opfer, außer das Opfer ist ein heterosexueller Mann und auch diese werden meist von ihren Genossen belächelt. Dies bedarf einer radikalen Änderung - wie der ganze Komplex der Tataufnahme, Beweissicherung und Untersuchung. Opfer sexueller Gewalt müssen von geschultem Polizeipersonal im Beisein von psychologischem Fachpersonal und einer Begleitperson des Opfers behutsam zum Tathergang befragt werden. Sicher ist dabei auch wichtig, in welchem Setting der Übergriff geschah (lustiger Abend in einer Bar, bei der tatusübenden Person zuhause), dennoch darf darauf nicht der Fokus liegen. Der Fokus hat darauf zu liegen, dass Handlungen gegen den Willen des Opfers geschehen sind.

Auch findet Opferschutz in unserer Gesellschaft kaum statt, dafür sehr viel Täterschutz. Sicher gilt die Unschuldsvormutung, dennoch wird einem Bankangestellten immernoch mehr Glauben geschenkt als einer Sexarbeiterin und das ist ein Ungleichgewicht, das es zu beseitigen gilt. Auch gilt es, Täter zu Therapien zu verpflichten und es Opfern ohne Wartezeit und externer Beurteilung zu ermöglichen, eine Therapie zu beziehen. Zudem sollte kein Übergriff nur mit einer Bewährungsstrafe abgespeist werden. Es sollte keine Nachsichtigkeit aufgrund von “schlecht einschätzbaren” Situationen oder “der guten Sozialprognose” der tatbegehenden Person geben. Nur ein Ja ist ein Ja und nur das Opfer eines Übergriffs ist auch das Opfer.

Begeht eine nicht strafmündige Person (Kinder unter 14 Jahren oder eine schwer geistig behinderte Person) eine sexuelle Gewalttat, so muss der Staat eingreifen und darf den Erziehungsberechtigten/ dem Vormund/ der Betreuung nicht allein die weitere Sexualerziehung oder Konsequenzbestimmung überlassen. Es gilt, Interventionsteams aus psychologisch geschulten Personen, Erziehungsberechtigten/ Vormund/ Betreuung, geschulten Personen von Täterorganisationen und (bei Kindern) dem Jugendamt zu bilden und dafür zu sorgen, dass die tatusführende Person begreift, was sie getan hat und welche Folgen die Tat für das Opfer hat.

Ebenso gibt es erschreckende Berichte von Betreuern sexueller übergriffiger Kinder, die sehr deutlich wiedergeben, dass auch strafunmündige Kinder genau wissen, was sie da tun: sie suchen versteckte oder schwer einsehbare Orte aus, um das Opfer zu überfallen und wählen auch ihr Opfer sorgfältig aus, ebenso den Zeitpunkt des Übergriffs. Genau dort muss man ansetzen und genau diese fachkundigen Menschen müssen auch in den Prozess der Intervention mit einbezogen werden.

Natürlich stellt auch Catcalling sexuelle Gewalt dar. Dies sollte genauso wie unerlaubtes Anfassen als strafbare Handlung ins Gesetz aufgenommen werden.

Schwangerschaftabbrüche/ Abtreibung

Abtreibungen sind in Deutschland illegal. Allein das ist

(Abtreibung / Sterilisation)

- * Produktion von Nahrungsmitteln (pflanzenbasierte Ernährung / keine Massentierhaltung / günstigstes Fleisch teurer als teuerstes Gemüse / nachhaltiger Anbau / kein Palmöl / strikte und klare Kennzeichnung von Inhaltsstoffen)
- * Ernährungskurse und -theorie Pflicht in Schule für Eltern+Kind-Einheit
- * Sport (keine Benotung + kein Vorturnen vor der Gruppe wenn gewünscht in Schule / versch. Optionen zum Ausprobieren / großes Angebot an Team- und Einzelsportarten / inklusiv / Maximumentgelt für Profisportler -> Aufwertung von systemrelevanten Berufen)
- * Fitness (Dehnungsübungen + Stretch + Kraftübungen in Schule / inklusiv)

Rausch

- * alle Drogen als Drogen benannt
- * Rücksichtnahme von Rauchern auf Nichtraucher; egal ob Tabak oder Cannabis
- * gezielte und faktische Präventionsarbeit zu ALLEN Drogen
- * niedrigere Alkoholgrenzen für Fahrzeuge
- * neuartiger und exakter Test für Cannabis bzgl Fahrzeugführung
- * Sucht (Entstigmatisierung/ einfacherer Zugang zu Suchttherapien, die auch psych. Probleme hinter der Sucht behandeln/ als ernsthaftes Problem anerkennen)

Maximaler Wohlstand

Wie viel Geld darf eine einzelne Person für sich beanspruchen, während andere Menschen durch Armut oder Mangel an Ressourcen sterben?

Um diese Frage zu klären fordern wir eine gesellschaftliche Debatte zu dieser Frage. Im Parlament soll ein Betrag festgelegt werden, den die Bevölkerung für ethisch vertretbar hält. Wir empfehlen einen Betrag zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro.

Danach wird eine 50%-ige jährliche Steuer (Vermögenssteuer) auf alle Vermögen erhoben, die über dem festgelegten Betrag liegen.

Beispiel:

1,- Milliarde Euro wird als Maximalbetrag festgelegt.

Person A besitzt 10,- Milliarden Euro. Im ersten Jahr zahlt Person A 4,5 Milliarden Euro an maximaler Wohlstandssteuer. Im zweiten Jahr hat A folglich ein Vermögen von 5,5 Milliarden € und zahlt 2,25 Milliarden Euro maximaler Wohlstandssteuer.

So findet innerhalb von wenigen Jahren eine Umverteilung von oben nach unten statt. Die zusätzlichen Steuereinnahmen können somit für die Finanzierung der Grundrechte in der Bevölkerung genutzt werden:

- Kostenlose Bildung für alle

- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Gesundheitssystem und Pflege in Würde

Wirtschaft: machtkritische Unternehmenskultur (DOE) und Globale Ökonomische Gerechtigkeit; Eigentum, soziale Verantwortung

Wirtschaft als Bereich innerhalb von Gesellschaft ist grundsätzlich die Idee von Markt, von Austausch von Waren und Dienstleistungen. Die daraus hervorgegangene Idee von Geld als „Schmiermittel“ ist „nicht mehr weg zu denken“, so alt und universell ist diese Idee, dass es nicht machbar aber auch nicht nötig erscheint, sie grundsätzlich in Frage zu stellen. Allerdings ist in Frage zu stellen, wie Geld entsteht, wie es vermehrt wird, wie es verteilt wird und wie damit umgegangen wird.

Eigentum als im Grundgesetz festgeschriebene Idee bringt auch eine Verpflichtung mit sich. Eigentum muss auch dem Allgemeinwohl dienen – eine uralte Idee innerhalb vieler Strukturen, Kulturen und Wirtschaftsräume. Dieser Grundsatz ist im aktuellen globalen System völlig unsichtbar gemacht und widerspricht den Interessen von multinationalen Konzernen. Wir möchten diesen Grundsatz ins Zentrum stellen, ihn zu einer wichtigen Grundlage machen für zukünftige Politik. Außer im Grundgesetz sollte er auch noch an anderen Stellen gesetzlich wirksam werden.

Besonders gilt das für das Eigentum an Boden (siehe Wohnen, Leben, Versorgung)

Wirtschaften ist häufig die Quelle von Reichtum bzw von Anhäufung von Besitz. Wenn wirtschaften auf der Ausbeutung von Menschen oder auf deren Vertreibung oder Gefährdung beruht, bzw auf deren ungerechter oder menschenrechtswidriger Behandlung, dann ist der damit geschaffene erzielte Reichtum unsittlich und nicht rechtmäßig. Auch wenn die Ausbeutung nicht absichtlich erfolgt, oder wenn die Ausbeutung eine Konsequenz aus der Natur dieses Wirtschaftens ist, dann ist auch daraus erzielter Reichtum rechtswidrig. Rechtswidrig erlangter Reichtum kann kein Eigentum sein. Er muss der Allgemeinheit, insbesondere jenen dienen, die an seiner Erschaffung Schaden erlitten haben. Der Vertragspartner für das Wirtschaften mit natürlichen Ressourcen, Rohstoffen, Energieträgern, etc kann nie nur eine Person, eine Institution, ein Unternehmen sein. In Verträge, die solche Waren betreffen, müssen alle involviert sein und es müssen alle mitbestimmen, die von dieser Unternehmung berührt und betroffen sind.

Unternehmer*innen und Unternehmen müssen partizipative Prozesse etablieren, in die die Konsument*innen, die Produzent*innen, die Arbeitenden, die Finanzierenden, die davon regional Betroffenen, die davon global Betroffenen so involviert sind, dass sie ohne Sorge um ihre Position und ihre Sicherheit ihre Anliegen und ihre Perspektiven in die Planung oder Unternehmung einbringen können.

Unternehmen sind Teil der Welt. Sie sind aber rechtliche Fiktionen, die reale Personen beschäftigen und für reale Personen Angebote herstellen. Unternehmen müssen soziale Pflichten haben und Unternehmen müssen anhand von Umwelt- Beschäftigten- und Zielgruppen Bedürfnissen zertifiziert bzw kategorisiert werden. Diese Kategorisierung muss so ermittelt und vergeben werden, dass Bestechung und Korruption praktisch unmöglich ist.

Geld ist eine bewährte Einrichtung – manche würden sagen Geschichte – um Tauschgeschäfte zu erleichtern. Geld hat großes Potential für gesamtgesellschaftlichen Nutzen im globalen Sinne. Aber Geld birgt auch enorme Gefahren, so wie aktuell Geld verstanden, geschöpft, vermehrt und verteilt wird.

Die massive Ausdehnung der Volumen von Wirtschaft in Europa und damit auch die sprunghafte Entwicklung des Bankensystems stehen in direktem Zusammenhang mit dem System des massenhaften Menschenhandels, der Versklavung und aller darauf aufbauenden Industrien, Märkte, Handelsverbindungen und Produktionssysteme.

Auch die Preis-Gestaltung ist enorm problematisch. Preisgestaltung aktuell zentriert das Produkt oder die Dienstleistung und zentriert nicht die negativen oder positiven Auswirkungen des Produktes auf die Welt, auf die

Gesellschaft, etc. Gesellschaftliche Kosten und Nutzen, die durch Produkte anfallen, fließen selten in seinen Preis ein. Das muss sich radikal verändern. Hierfür müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Es muss aber ein gesamtgesellschaftlicher Dialog und ein Konzept her, das dies alles erfasst und nachhaltige Alternativen anbietet.

Sämtliche Modelle und Theorien, die weltweit an Universitäten gelehrt werden und die Grundlagen für alles wirtschaftliche Entscheiden und Handeln bilden, haben Bias und Ungleichheit, Rassismus, Patriarchat und Klasse als Fundament, tun aber so, als könne mensch im Vakuum handeln. Es ist klar, dass die Wirtschaftswissenschaften somit eine Pseudowissenschaft sind, die nicht geeignet sind, Lösungen und Modelle zu entwickeln für ein nachhaltiges Wirtschaften. Hier muss sehr dringend mehr Interdisziplinarität passieren und es muss mit viel größerer Ernsthaftigkeit und Sorgfältigkeit gearbeitet und gelehrt werden. Wir haben Besseres verdient, als Pseudowissenschaften. (siehe Forschung und Technik / AI)

Der unternehmerische Trotz gegenüber Bewegungen, die unternehmerische Dominanz kritisieren, die sozial gerechte Strukturen etablieren möchten, die das bestehende kapitalistische System überwinden möchten, muss unterbleiben. Wir haben keine Zeit für Spiele, wie die von facebook, das im Kontext von EU-Datenschutz-Bestimmungen drohte, der EU (oder war es Deutschland?) den facebook-Dienst abzuschalten. Solche Reaktionen sind inakzeptabel. Der Dialog mit Unternehmen muss unbedingt auf eine Kooperation hinauslaufen. Hierzu braucht es wiederum intensive Gespräche (Vorstände, NGOs, Politik, Expert:innen), innovative Modelle für Übergänge in neue Gesellschaftsmodelle und den Support der Unternehmen – nicht deren Trotz – bei den Übergängen. Alle müssen global gestalterisch tätig werden.

Handelspolitik

LGBTIQ

Familie

Presse & Medien

Öffentlicher Raum und Infrastruktur – Recht auf öffentlichen Raum, Nahverkehr

Utopie: Love Peace Unity & Having Fun

Viele der Visionen, die wir hier skizzieren, mögen utopisch wirken oder auch nicht nur „utopisch“ weit weg, sondern auch tatsächlich unmöglich, selbst unter günstigen Bedingungen. Wir erinnern daran, dass wir bereits die Utopie vieler unserer Vorfahren sind, die sie sich in ihren kühnsten Träumen oder Fantasien vielleicht vorstellten, aber nicht an ihre Realisierung glaubten. Wir sind auch nah dran, der Alptraum unserer Vorfahren zu werden und auch unserer Nachfahren. Aber es ist sehr bequem, zu resignieren und unsere Nachfahren dem Schicksal zu überlassen. Es mag auch anstrengend wirken, sich die ganze Zeit politisch zu engagieren oder auch, Zeit darein zu investieren, sich zivilgesellschaftlich zu organisieren. Die Wahrheit ist: Je mehr wir sind, die sich so begegnen, auf diesem Weg und auf dieser Mission, desto leichter ist es. In einer Welt, die kurz davor ist, zu kollabieren, in der die tiefen Ungerechtigkeiten allzu sichtbar werden, ist es viel leichter, mit anzupacken bei der aktiven Veränderung, als immer tiefer den Kopf in den Sand zu stecken. Kognitive Dissonanz ist ein Zustand, der nicht gesund ist. Diese individuelle und auch kollektive kognitive Dissonanz zu überwinden, lohnt sich.

HipHop ist mixen, cuts, breaks, flows, skills, rhymes, punchlines, bars & beats, pops & locks, helicopters & six steps – HipHop IST Vielfalt. Unity in Diversity!

<https://www.zeit.de/zeit-wissen/2012/03/Werbung-Manipulation-Kaufrausch/seite-4>